

I. Vorwort des Präsidenten	3
II. Das Jahr 2007 in der Rückblende	5
Das politische Jahr	5
Eidgenössische/kantonale Volksabstimmungen	5
Aus der Grossratsfraktion	6
Das parteipolitische Jahr 2007	9
Veranstaltungen	9
Vernehmlassungen	10
III. Tätigkeitsberichte	14
Parteiorgane	14
Geschäftsleitung	14
Parteivorstand	14
Delegiertenversammlungen	16
Fachkommissionen	18
Bau, Verkehr und Energie	18
Erziehung	19
Finanzen und Verwaltung	20
Gesundheit und Fürsorge	21
Justiz, Gemeinden und Kirchen	21
Polizei und Militär	22
Volkswirtschaft	23
SVP Frauen Kanton Bern	24
JSVP Kanton Bern	26
SVP Senioren Kanton Bern	27
Landesteile	28
Emmental	28
Jura bernois	29
Bern-Mittelland	31
Obereaargau	32
Oberland	33
Seeland	34
Gerichte	35
Obergericht	35
Verwaltungsgericht	35
Untersuchungsrichterämter (Regionale und Kantonale)	37

IV. Personelle Zusammensetzung	38
Parteiorgane	38
Geschäftsleitung	38
Parteivorstand	38
Grossratsfraktion	40
Vertretung in der SVP Schweiz	41
Mitglieder des Zentralvorstandes	41
Mitglieder des leitenden Ausschusses	41
Mitglied der Geschäftsleitung	41
Regierungsmitglieder	41
Parteisekretariat	41
Stiftungsrat „Hilfsfonds SVP Kanton Bern“	42
Vorstand des „Bären-Club“ der SVP Kanton Bern	42
Wir gratulieren	43
Wir danken	43
Unsere Verstorbenen	44
Schlusswort	45
V. Die Partei in Zahlen	47
Mitgliederzahlen	47

I. Vorwort des Präsidenten

Ein arbeitsreiches Jahr liegt hinter uns, aber unsere Anstrengungen haben Früchte getragen. Wir dürfen uns über das Resultat der National- und Ständeratswahlen freuen. Es ist mir ein grosses Bedürfnis, den Kandidatinnen und Kandidaten, allen Mitarbeitenden in den Wahlkomitees, den Parteichargierten auf sämtlichen Stufen sowie allen Parteimitgliedern und der gesamten Wählerschaft für den riesige Einsatz, die grosse Arbeit und die Mobilisation sehr herzlich zu danken. Damit ist die Bernische SVP nach der Wahlniederlage vom Frühjahr 2006 innerhalb von nur anderthalb Jahren auf die Siegerstrasse zurückgekehrt. Auch gesamtschweizerisch ist unser Resultat hervorragend: zwei von sieben zusätzlich gewonnenen SVP-Sitzen stammen aus dem Kanton Bern, und nur sehr wenige andere SVP-Kantonalparteien konnten den Wähleranteil gleich wie wir Berner um 4 oder mehr Prozent steigern. Mit diesem hervorragenden Wahlresultat ist es gelungen, ein solides Fundament zu errichten. Auf dieser Grundlage erfolgt nun die Weiterführung der politischen Aktivitäten.

Eine gute Basis für diese Arbeit ist die Vertretung der Berner Nationalrätinnen und Nationalräte in fast allen vorberatenden Kommissionen der eidgenössischen Räte. So ist sichergestellt, dass unsere Grundsätze und Ideen in allen wichtigen Geschäften einfließen können. Neu sind wir auch in der Gerichtskommission vertreten, was zu einer Verbesserung der Ausgangslage auch bei den Richterwahlen führen dürfte.

2003 war es der SVP erstmals gelungen, einen zweiten Bundesratssitz zu erlangen. Um die beiden Sitze auch 2007 sicherzustellen, wurde beschlossen, die gleiche Strategie anzuwenden. Am 12. Dezember 2006 hat die Fraktion deshalb entschieden und kommuniziert, bei der Nichtwiederwahl eines oder beider SVP-Bundesräte in die Opposition zu gehen. Dabei wurde auch festgehalten, dass im Falle einer Abwahl derjenige oder diejenigen SVP-Vertreter, welche die Wahl annehmen, nicht mehr Mitglied der Fraktion sind. Die DV der SVP Schweiz hat diesen Entscheid der Fraktion am 27.1.2007 bestätigt. Die Strategie war jedoch nicht erfolgreich. Bundesrat Blocher wurde abgewählt und die SVP Schweiz befindet sich in einer völlig neuen Situation: Es werden keine Bundesräte mehr in die Fraktion eingeladen und die Partei vertritt auf eidgenössischer Ebene einen Oppositionskurs.

Die SVP Fraktion ist von dieser Abwahl komplett überrascht worden. Niemand hat an so etwas gedacht. Die SVP hat ein Erdbeben erlebt und ist total durchgeschüttelt worden und entsprechend gab es kein Krisenmanagement und kein Informationskonzept. Man hat die Situation offensichtlich falsch eingeschätzt. Man hat sich zu sicher gefühlt.

Was hat diese Situation für Folgen für die SVP Kanton Bern? Um dies zu klären, hat sich unser Parteivorstand am 15.1.08 zu einer a. o. Sitzung getroffen. In einer intensiven und konstruktiven Diskussion hat der Parteivorstand die Position der Bernischen SVP in einem 8-Punkte Positionspapier zusammengefasst. Dieses soll immer wieder gestellte Fragen beantworten und Richtlinie für die Zukunft sein. Das Positionspapier lautet wie folgt:

1. Die SVP Kanton Bern und ihre Organe bewahren ihren eigenständigen Auftritt und entscheiden unverändert gemäss ihren Satzungen frei und unabhängig.
2. Die Oppositionsrolle der SVP beschränkt sich ausschliesslich auf die eidgenössische Ebene. Die SVP Kanton Bern und ihre Ortsparteien sind von der Oppositionsstrategie der SVP Schweiz nicht betroffen.
3. Bundesrat Samuel Schmid ist und bleibt unser Bundesrat.
4. Zur Vorbereitung der Fraktions- und Sessionsgeschäfte treffen sich die bernischen SVP-Nationalräte, der bernische SVP-Ständerat und Bundesrat Samuel Schmid regelmässig.
5. Die Delegierten erwarten, dass die Berner Deputation die Interessen des Kantons im Rahmen des Bundes speziell würdigt.
6. Die SVP Kanton Bern politisiert entschlossen in der Sache, korrekt, fair und mit Anstand. Sie erwartet dies auch von ihren Ortsparteien und der SVP Schweiz.
7. Die SVP Kanton Bern setzt sich ein für die Ziele der durch die bernischen Delegierten verabschiedeten Wahlplattform 2007-2011 mit ihren Schwerpunkten.
8. Die SVP Kanton Bern unterstützt die mehrfach von der eidgenössischen Fraktion verabschiedeten politischen Schwerpunkte, also
 - Senken der Steuern, Gebühren und Abgaben für alle sowie ausgabenseitige Sanierung der öffentlichen Finanzen
 - Einsatz für eine unabhängige, neutrale und souveräne Schweiz (kein EU-Beitritt), deren Volksrechte nicht durch „Völkerrecht“ weiter beschnitten werden.
 - Schaffen von mehr Sicherheit durch konsequente Bekämpfung von Asyl- und Sozialmissbrauch, Ausschaffung krimineller Ausländer sowie Durchsetzung unserer Wertvorstellungen.

Mit diesem Positionspapier hoffe ich, dass der Weg der SVP in eine gute und weiterhin erfolgreiche Zukunft gefunden werden kann. Alle, die dazu einen Beitrag im Dienste unserer Partei leisten, danke ich von Herzen!

Rudolf Joder, Parteipräsident

II. Das Jahr 2007 in der Rückblende

Das politische Jahr

Eidgenössische/kantonale Volksabstimmungen

	<u>Abstimmungsergebnisse</u>		<u>Parole</u>	
	Schweiz	Kanton Bern		
11. März				
<i>Kantonal</i>				
<u>Polizeigesetz</u>	JA NEIN	209'327 55'904	JA	
Stimmbeteiligung		38,0%		
<u>Soziale Einheitskasse</u>	JA NEIN	641'917 1'590'213	83'695 194'293	NEIN
Stimmbeteiligung		45,9%	39,8%	
17. Juni				
<i>Eidgenössisch</i>				
<u>5. IV-Revision</u>	JA NEIN	1'039'282 719'628	127'488 88'928	JA
Stimmbeteiligung		36,2%	30,9%	
<i>Kantonal</i>				
<u>Strategie für Agglomeration und reg. Zusammenarbeit</u>				
<u>Verfassungsänderung</u>	JA NEIN	158'411 39'595	158'411 39'595	JA
<u>Änderung Gemeindegesetz</u>	JA NEIN	157'621 40'773	157'621 40'773	JA
<u>Verpflichtungskredit</u>				
<u>Tram Bern-West</u>	JA NEIN	142'149 62'238	142'149 62'238	JA
Stimmbeteiligung			29,2%	

Aus der Grossratsfraktion

Die Parlamentstätigkeit im Jahr 2007 war weiterhin vom Umstand der knappen bürgerlichen Mehrheit geprägt. Schon allein eine Absenz eines Fraktionsmitgliedes aus beruflichen oder gesundheitlichen Gründen konnte zur Umkehr der Mehrheitsverhältnisse führen. Dieser Umstand kann für einzelne Fraktionsmitglieder mit gesundheitlichen Problemen oder starkem beruflichem Engagement zur Belastung werden.

Die Verkleinerung des Grossen Rates hat ebenfalls Auswirkungen auf die Arbeitsbelastung der Fraktionsmitglieder. Es wird zunehmend schwierig, Mitglieder für Kommissionen des Grossen Rates oder der parteiinternen Fachkommissionen zu finden. Das Milizsystem stösst an seine Grenzen. Trotzdem ist es der knappen bürgerlichen Mehrheit im Grossen Rat gelungen, mehrmals Entscheide der rotgrünen Regierungsmehrheit zu korrigieren. So konnte unter anderem verhindert werden, dass neue kantonale Ombudsstellen in der Verwaltung geschaffen oder ein zusätzlicher bezahlter Vaterschaftsurlaub für das Kantonspersonal eingeführt wird. Auch bei der Energiegesetzgebung und beim Denkmalpflegegesetz konnte die Fraktion korrigierend eingreifen.

Januarsession

Verhandlungen

Nachdem die Verwaltungsreform vom Volk angenommen wurde, folgten unweigerlich Forderungen im Parlament nach einer erneuten Anpassung der Wahlkreise an die neuen Verwaltungsstrukturen. Eine entsprechende Motion wurde gutgeheissen. In der 1. Lesung wurde die Steuergesetzrevision behandelt. Sie soll die von der SVP geforderten Steuersenkungen, welche den Mittelstand und die Familien entlasten, bringen. Strategie für Agglomerationen und regionale Zusammenarbeit (SARZ), so der Titel einer Verfassungsänderung, welche ebenfalls in der 1. Lesung behandelt wurde und auf breite Akzeptanz stiess.

Märzsession

Personelles

Turnusgemäss wurden das Grossratspräsidium und das Büro des Grossen Rates neu bestellt. Unser Mitglied Werner Lüthi trat nach Ablauf seiner Amtszeit am 31. Mai als Grossratspräsident zurück. Somit ist die SVP im Amtsjahr 07/08 im Präsidium nicht vertreten. Als weiterer Stimmzähler wurde Hans Küng gewählt.

Verhandlungen

SARZ und Steuergesetzrevision wurden in 2. Lesung behandelt und genehmigt, wobei sich die Steuergesetzrevision gegen den Widerstand von linksgrün durchsetzte.

Ebenfalls werden zwei wichtige Bauvorhaben genehmigt. Ein Kredit zur Sanierung und Erweiterung der Gewerblich-Industriellen Berufsschule Bern (GIBB) an der Viktoriastrasse sowie der Kredit zum Tram Bern West. Dieses Geschäft war auch in der Fraktion unbestritten und wurde einstimmig mit einer Enthaltung angenommen. Um dem Volk die Gelegenheit einer zweiten Abstimmung zu geben, unterstellte der Grosse Rat das Geschäft dem obligatorischen Referendum. Nach der erfolgreichen Volksabstimmung kann nun nach langem politischem Kampf die Realisierung erfolgen.

Junisession

Personelles

Werner Lüthi verlässt nach 15 Jahren den Grossen Rat. Er war in dieser Zeit ein sehr aktives Mitglied unserer Fraktion. Unter Anderem als Mitglied der Finanzkommission, als Fraktionspräsident und schliesslich auch als Grossratspräsident. Wir danken Werner Lüthi für seine grossartige Arbeit!

Verhandlungen

Für einmal reichten die knappen Mehrheitsverhältnisse nicht aus, um einen unwichtigen Vorstoss der SP zu stoppen. Mit 79 : 74 wurde die Motion Stimmrechtsalter 16 angenommen. Es ist zu hoffen, dass spätestens bei der Verfassungsabstimmung das Volk korrigieren wird. Dagegen konnte einer anderen wichtigen Verfassungsänderung zum Durchbruch verholfen werden. Die so genannte Schuldenbremse wurde in 2. Lesung verabschiedet. Damit wird per Verfassung eine Anhäufung der Kantonsschulden untersagt. Ein Rückfall in die „Schuldenwirtschaft“ des Kantons wie in den 90-er Jahren soll dadurch verhindert werden.

Septembersession

Personelles

Elisabeth Blaser aus Oberthal ersetzt Werner Lüthi in unserer Fraktion.

Verhandlungen

Der Geschäftsbericht und die Jahresrechnung 06 werden ohne grosse Diskussion genehmigt. Die Staatsrechnung 06 weist einen Überschuss von 165 Mio. aus. Seit 9 Jahren in Folge weist die bernische Staatsrechnung einen Überschuss aus. Dies ist ein Verdienst langjähriger, sorgfältiger Finanzpolitik der SVP Fraktion und deren Finanzdirektoren.

Wichtigen Kreditgeschäften wurde zugestimmt. So dem Umbau und der Sanierung des Jugendheimes Prêles im Berner Jura und einem Projektionskredit für den „Bypass Thun Nord“, ein Projekt, das die Verkehrsprobleme der Stadt Thun entschärfen soll.

Novembersession

Personelles

Aus beruflichen Gründen verlässt Rudolf Guggisberg den Grossen Rat nach der Novembersession. Er war seit 1998 Mitglied im Grossen Rat. Sein Engagement galt vor allem der Bildungs- und Finanzpolitik. So war er seit 1999 Mitglied der Finanz- und anschliessend der Steuerungskommission.

Hans Grunder und Erich von Siebenthal wurden am 21. Oktober in den Nationalrat gewählt. Sie haben deshalb ebenfalls ihren Rücktritt als Grossrat bekannt gegeben. Hans Grunder war unter anderem Vizepräsident der GPK und hat sich für Verkehrs und Wirtschaftspolitik eingesetzt. Berglandwirtschaft und Tourismus sowie Waldwirtschaft waren die bevorzugten Themen von Erich von Siebenthal. Die Fraktion dankt den Zurückgetretenen herzlich für ihre grosse Arbeit. In der Steuerungskommission wurde Ruedi Guggisberg durch Fritz Freiburghaus ersetzt und als neuer Präsident der SVP-Fachkommission FIN amtiert Peter Brand.

Verhandlungen

Durch ein links-grünes Komitee wurde das Referendum mit einem Volksvorschlag gegen die Steuergesetzesrevision ergriffen. Dank guter Präsenz und geschlossenem Auftreten der bürgerlichen Fraktionen wurde dieser Volksvorschlag vom Grossen Rat abgelehnt. Die Diskussion zum Budget 2008 und der Aufgaben- und Finanzplan 09-11 warfen dieses Jahr keine grossen Wellen. Es erschien wegen den geplanten positiven Abschlüssen unproblematisch. Trotzdem bereitete uns das ungebremste Ausgabenwachstum, welches nur durch ebenso stark steigende Einnahmen aufgefangen wird, Sorgen. Die SVP Fraktion wird ebenfalls ein Augenmerk auf den Schuldenabbau richten. Die Zielgrösse von 100 Mio. jährlich muss wieder erreicht werden.

Wiederum wurden wichtige Entscheide im Investitionsbereich gefällt. Zum einen ein 100 Mio. Kredit für den Umbau des Wankdorfplatzes, aber auch für die Umfahrung Worb und für die Sanierung der Ortsdurchfahrt Burgdorf. Vorstösse, welche eine Verbesserung des Hochwasserschutzes im Seeland forderten, wurden unterstützt und ebenso eine Motion, welche den Weiterbetrieb des KKW Mühleberg verlangt.

Als wichtigste Gesetzesarbeit in der Novembersession kann sicher die Revision des Volksschulgesetzes bezeichnet werden. Das in erster Lesung behandelte Gesetz bringt vor allem bei folgenden Schwerpunkten wichtige Änderungen: Einführung von Blockzeiten, geführten Schulen, Tagesschulen sowie die Möglichkeit der Finanzierung von Schülertransporten durch den Kanton. Die Stossrichtung dieser Gesetzesrevision liegt im Interesse der SVP und wurde daher in diesem Sinne grossmehrheitlich unterstützt.

Heinz Siegenthaler, Fraktionspräsident

Das parteipolitische Jahr 2007

Veranstaltungen

Grossratsausflug

Pünktlich um 09.03 starteten die Teilnehmenden (Grossratsmitglieder aller Fraktionen, der Vizestaatsschreiber, einige ausgewählte Mitarbeitende der Staatskanzlei sowie die Fraktionssekretärinnen und –sekretäre) bei perfektem Wetter im BLS-Sonderzug am 6. September zum Grossratsausflug. Der Sonderzug führte uns durch den Lötschberg-Basistunnel nach Sion und von Sion nach Villeneuve. BLS-Direktor Dr. Mathias Tromp war die Begeisterung anzumerken, als er via Bordlautsprecher über den Basistunnel referierte. Das Gefühl, mit 200 Kilometern pro Stunde in einem Zug unterwegs zu sein, war eindrücklich, ebenso wie der informative Zwischenhalt in Ferden. Dieser Stopp war sehr exklusiv, denn eine Wiederholung wird nicht mehr möglich sein, sobald der Basistunnel normal in Betrieb genommen wird.

Aperitif und Mittagessen wurden vom Kanton Wallis offeriert und im Freien auf dem Rasen des wunderschönen Schlosses Majorie (Sion) serviert. Wir konnten uns von der Gastfreundschaft des Kantons Wallis überzeugen und angeregte Gespräche mit Parlamentsmitgliedern dieses Nachbarkantons führen.

Nach dem Mittagessen fuhren wir im Sonderzug von Sion nach Villeneuve, wo wir ein Dampfschiff bestiegen, das uns ins Château de Chillon brachte. Nach einigen Erläuterungen über die Geschichte des imposanten Schlosses konnten wir im Rittersaal das vom Grossen Rat des Kantons Waadt und dem Gemeinderat der Gemeinde Veytaux offerierte, vorzügliche Nachtessen geniessen. Der Sonderzug brachte uns schliesslich von Veytaux nach Bern zurück.

Seniorentag

Im Hotel Mohren in Huttwil fanden sich dieses Jahr unsere Senioren zu angelegten Gesprächen ein. Den Auftakt machte Parteipräsident Rudolf Joder. Danach stellte Ständeratskandidat Werner Luginbühl sich und seine Ziele vor, der Präsident der SVP Senioren, Rudolf Graf hielt eine Ansprache und die Parteisekretärin Aliki M. Panayides informierte die Anwesenden über den Verlauf des Wahlkampfes und die aktuellen Themen. Anschliessend blieb den Teilnehmenden Zeit für Gespräche mit Gleichgesinnten. Der Tag wurde musikalisch begleitet von dem Trio Schwyzerörgeli-Freunde.

Vernehmlassungen

Im Verlaufe des Jahres 2007 hatte die Geschäftsleitung zu folgenden Gesetzes- und Dekretsentwürfen im Rahmen der Vernehmlassung Stellung zu nehmen (die detaillierten Vernehmlassungsantworten können auf dem Parteisekretariat bezogen werden):

Versorgungsplanung 2007-2010 gemäss Spitalversorgungsgesetz (12.02.)

Die SVP Kanton Bern anerkennt die Versorgungsplanung als gute Grundlage. Allerdings verlangt sie in wesentlichen Teilen eine Überarbeitung, da das Werk offensichtliche Mängel (zweifelhafte Annahmen, Schwächung der Versorgung in ländlichen Gebieten etc.) aufweist. Die SVP verlangt eine Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen der Insel und den regionalen Spitalzentren. Mit den allgemeinen Zielsetzungen in den Bereichen Rehabilitation und Psychiatrie ist sie grundsätzlich einverstanden, einige Vorbehalte bleiben aber. Die SVP lehnt eine weitere Konzentrierung im Rettungswesen ab.

Vernehmlassung und Mitwirkung zur Richtplananpassung 06 (16.02.)

Die SVP des Kantons Bern ist mit verschiedenen Punkten nicht einverstanden. Sie verlangt die Beibehaltung der bisherigen Einzonungsregelungen, um die Entwicklungen der Gemeinden nicht noch weiter durch kantonale Vorgaben einzuschränken. Hingegen wird das Modell der Regionalkonferenzen begrüsst. Weiter fordert die SVP, die Bedürfnisse des Tourismus angemessen zu berücksichtigen und eine Strategie für den Wohnungsbau in bewirtschafteten Flächen zu entwickeln. Für Kindergärten und Schulen bis zur 6. Klasse ist eine dezentrale Lösung wünschenswert.

Änderung des Strafverfahrens (20.03.)

Die vorgeschlagenen Änderungen finden bei der SVP Zustimmung, da sie zu einer Entlastung der erstinstanzlichen Gerichte führen. Allerdings ist fraglich, ob die Übernahme von rechtsunverbindlichen Empfehlungen durch die Berner Gerichte sinnvoll ist oder nicht.

Teilrevision kant. Energiegesetz (30.03.)

Da der Umfang der zu revidierenden Gesetzesartikel sehr gross ist, plädiert die SVP aus gesetzessystematischer Sicht und aus Qualitätsgründen für eine Totalrevision des Gesetzes. Falls aber trotzdem an einer Teilrevision festgehalten wird, verlangt die SVP die Beschränkung auf die Massnahmen im Bereich der Energieeffizienz.

Gesetz zum Schutz vor Passivrauchen und Revision des Gastgewerbegesetzes (05.06.)

Das Gesetz zum Schutz vor Passivrauchen findet Zustimmung. Damit können alle öffentlichen Räume erfasst werden, welche nicht unter das Gastgewerbegesetz fallen. Die SVP schlägt einige Präzisierungen vor. Die SVP verzichtet auf einen aktiven Kampf gegen das Gastgewerbegesetz, da der Branchenverband Gastro Bern klar hinter der Vorlage steht.

Änderung des Datenschutzgesetzes aufgrund der Umsetzung von Schengen/Dublin (05.06.)

Die SVP stimmt den vorgeschlagenen Änderungen grundsätzlich zu, da diese pragmatisch sind und sich auf die Erfüllung der Vorgaben der EU beschränken. Bezüglich Ressourcen schlägt die SVP aber eine andere Lösung vor, da der vorgeschlagene Ansatz einen Blankoscheck darstellen würde.

Teilrevision des Volksschulgesetzes (08.06.)

Die SVP legt grossen Wert auf eine gute Bildungsqualität an den Schulen. Sie anerkennt, dass ein bedürfnisgerechtes Tagesschulangebot geschaffen werden sollte, allerdings muss den finanzpolitischen Rahmenbedingungen Rechnung getragen werden. Auch ist es den Gemeinden zu überlassen, ob und wie sie ein Tagesschulangebot schaffen wollen. Eine diesbezügliche Verpflichtung wird abgelehnt. Die Eltern müssen sich angemessen an den Kosten der Tagesschulangebote beteiligen.

Änderung des Gesetzes über die Steuerrekurskommission (30.06.)

Die SVP des Kantons Bern begrüsst die Gesetzesrevision, insbesondere die Schaffung einer zweiten vollamtlichen Richterstelle und die Erhöhung der Streitwertgrenze der einzelrichterlichen Zuständigkeit. Skepsis besteht bezüglich der Einführung einer Einigungskonferenz nach Abschluss des ersten Schriftenwechsels.

Futura – Zukunft der Vorsorge im Kanton (15.08.)

Die Bernische SVP fordert, dass der Primatswechsel vollzogen wird. Zu fairen Übergangsregelungen bietet die SVP Hand. Die Modelle sollten weiter vertieft werden, damit der Meinungsbildungsprozess abgeschlossen werden kann. Insgesamt verlangt die SVP die Weiterbearbeitung des Berichts durch den Regierungsrat.

Revision des Verwaltungsrechtspflegegesetzes (20.08.)

Die SVP des Kantons Bern bedauert, dass der Regierungsrat vorerst auf die Einführung des Systems der Einheitsbeschwerde verzichtet. Dem neuen Rechtsweg bei der Stimmrechts-, Abstimmungs- und Wahlbeschwerde stimmt die SVP zu. Gefordert werden eine personelle Planung und genauere Angaben über die finanziellen Auswirkungen der Änderungen und Anpassungen.

Verordnung Regionalkonferenz und Verordnung Geschäftsreglement Regionalkonferenz (03.09.)

Die SVP bemängelt, dass die Regionalkonferenzen nicht so ausgestaltet wurden, dass alle klassischen staatsrechtlichen Ebenen inklusive direkte Kompetenzen und Mitwirkungsrechte des Soveräns eingebaut wären. Dies wäre konsequenter gewesen, da die Regionalkonferenzen über eine Exekutive und eine Legislative verfügen. Die SVP beantragt zahlreiche Änderungen in der Verordnung über das Geschäftsreglement für die Regionalkonferenzen.

Gesetz über die Familienzulagen (10.09.)

Die SVP des Kantons Bern kritisiert, dass mit dem Entwurf eine komplizierte Familienzulagenordnung noch intransparenter gestaltet wird. Nicht umgesetzt werden die Straffung der Vollzugsorganisation und eine formale Harmonisierung sowie eine bessere Solidarität zwischen den Familienausgleichskassen. Die SVP lehnt die Unterstellung der Selbständigerwerbenden unter das Familienzulagengesetz ab. Gefordert werden ein kantonaler Lastenausgleich und ein einheitlicher Beitragssatz

Teilrevision des Personalgesetzes (17.09.)

Die Flexibilisierung des Rücktrittsalters wird begrüsst. Die SVP erwartet, dass für Einzelfälle die Möglichkeit eröffnet wird, von den Bestimmungen der Personalgesetzgebung abweichende Arbeitsverträge abzuschliessen. Geprüft werden sollte aber eine bessere Definition der Anwendungsfälle.

Wahlkreisreform 2010 (28.09.)

Die SVP des Kantons Bern ist mit der Verfassungsänderung als Folge der Reform der dezentralen kantonalen Verwaltung einverstanden. Bezüglich der Aufteilung der Verwaltungskreise erscheint es sinnvoll, in der Region Biel-Seeland auch die Variante zweier Wahlkreise zu prüfen. Zwingend ist die Aufteilung der Verwaltungsregion Bern-Mittelland in drei Wahlkreise. Diese drei Wahlkreise wären bezüglich Grösse und Einwohnerzahl unter sich und mit den übrigen Wahlkreisen im Kanton vergleichbar. Die Variante lediglich zweier Wahlkreise wäre dagegen akzeptabel.

Aufgabendialog (15.11.)

Die Bernische SVP begrüsst die Absicht des Aufgabendialogs, die Aufgabenerfüllung des Kantons Bern zu hinterfragen und wo nötig anzupassen. Sie äussert sich detailliert zu allen 9 Aufgabenkörben.

Baugesetz, Baubewilligungsdekret, Dekret über das Normalbaureglement, Koordinationsgesetz (30.11.)

Die SVP Kanton Bern unterstützt die Bestrebungen, die Effizienz der Baubewilligungsverfahren zu optimieren. Abgelehnt werden die neue Definition des geschützten Uferbereichs, die Regelung der Infrastrukturkosten und die Abschöpfung der Planungsmehrwerte. Den Änderungen der beiden Dekrete stimmt die SVP zu, ebenso der Revision des Koordinationsgesetzes.

Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der Baubegriffe (GL 30.11.)

Die SVP des Kantons Bern unterstützt die Absicht der Harmonisierung der Baubegriffe. Die Auswirkungen auf die kantonale Gesetzgebung und auf die Gemeinden werden beträchtlich sein, die Gemeinden müssen deshalb einbezogen werden. Die SVP plädiert dafür, dass die Vereinbarung erst in Kraft tritt, wenn mindestens die Hälfte der Kantone beigetreten ist. Auch sollte die Frist für die Anpassung der Bauvorschriften der Gemeinden um 5 auf 15 Jahre erhöht werden.

Verordnung über die Harmonisierung amtlicher Register (07.12.)

Die SVP des Kantons Bern verzichtet auf eine Stellungnahme.

III. Tätigkeitsberichte

Parteiorgane

Geschäftsleitung

Der Geschäftsleitung obliegen gemäss Statuten die Aufgaben unter der Überschrift IV, Punkt 3, Art 25. Die Geschäftsleitung tagte 2007 insgesamt 11 Mal.

Parteivorstand

Dem Parteivorstand fallen die Aufgaben gemäss Statuten, Überschrift IV, Punkt 2, Art 23, zu. Folgende Geschäfte wurden vom Parteivorstand im Jahr 2006 behandelt (exkl. Geschäfte, die anschliessend der Delegiertenversammlung unterbreitet wurden):

1. Februar

- Orientierung/Aktuelles
- Verabschiedung Wahlanalyse 2006 (GR/RR)
- Budget 2007
- Statutenrevision SVP Kanton Bern

27. März

- Orientierung/Aktuelles
- Überarbeiteter Beschluss Finanzausgleich Stadtsektionen
- Statutenrevision SVP Kanton Bern
- Stiftungsrat Hilfsfonds

8. Mai

- Orientierung/Aktuelles
- Jahresbericht 2006
- Rechnung 2006

4. Juli

- Mitteilungen
- Defizitgarantie Ständeratswahlen
- Reihenfolge Kandidierende auf den Listen
- Listenverbindungen

8. August

- Mitteilungen
- Kandidaturen Vizepräsidium
- Lagebeurteilung National- und Ständerats-Wahlen
- Termin DV Herbst

28. August

- Orientierung/Aktuelles
- Wahlmanifest

13. November

- Orientierung/Aktuelles
- Regierungsratswahlen – Wahlprozedere
- Bundeskanzlerwahl
 - Hearings
 - Vorgehen
- Vize-Präsidium

13. Dezember

- Orientierung/Aktuelles
- Wahlkampagne Regierungsrats-Ersatzwahlen

Delegiertenversammlungen

342. Delegiertenversammlung Saalbau, Kirchberg

1. Februar

- Miteinander oder gegeneinander?
- Kant. Abstimmungsvorlage vom 11.03.2007
 - Änderung des Polizeigesetzes
- Eidg. Abstimmungsvorlage vom 11.03.2007
 - Volksinitiative „Für eine soziale Einheitskasse“
- Budget 2007
- Verschiedenes / Anträge der Amtsverbände und Sektionen

343. Delegiertenversammlung Restaurant Kreuz, Belp

27. März

- Diskussion und Verabschiedung der Wahlplattform SVP-Kanton Bern
- Taufe des Glücksbären unseres Ständeratskandidaten Werner Luginbühl
- Nachnomination des Nationalrats-Kandidaten LT Emmental
- Verschiedenes / Anträge der Amtsverbände und Sektionen

344. Delegiertenversammlung Hotel „Weisses Kreuz“, Lyss

8. Mai

- Les absents ont toujours tort
- Eidg. Abstimmungsvorlage vom 17.06.2007
 - Revision des Bundesgesetzes über die Invalidenversicherung (5. IV-Revision)
- Kant. Abstimmungsvorlagen vom 17.06.2007
 - Verpflichtungskredit Tram Bern-West
 - Umsetzung der Strategie für Agglomerationen und regionale Zusammenarbeit (SARZ)
- Antrag Statutenänderung SVP Kanton Bern
- Jahresbericht 2006
- Rechnung 2006
- Verschiedenes / Anträge der Amtsverbände und Sektionen

345. Delegiertenversammlung Gemeindezentrum „Lötschberg“, Spiez

28. August

- Jetzt gilt's!
- Sicherheit schaffen
 - Sicherheit vor Unwetterkatastrophen
 - Die Fakten
 - Die Forderungen der SVP
 - Sicherheit im Alltag
 - Die Fakten
 - Die Forderungen der SVP
- Verabschiedung des Wahlmanifests
- Verschiedenes / Anträge der Amtsverbände und Sektionen

346. Delegiertenversammlung Restaurant Kreuz, Belp

13. Dezember

- Verabschiedungen und Gratulationen
- Nomination für die Regierungsrats-Ersatzwahl vom 24. Februar 2008
- Wahl des Vizepräsidenten
- Verschiedenes / Anträge der Amtsverbände und Sektionen

Fachkommissionen

Bau, Verkehr und Energie

Präsident: Carlo Kilchherr, Grossrat, Thun

Die BVE Kommission hat sich noch nicht so richtig zusammen gefunden. Alle Mitglieder sind beruflich, politisch und familiär sehr stark beansprucht und engagiert. So sind die Sitzungen der BVE Fachkommission eine zusätzliche Belastung, was verständlich ist. Trotzdem dürfte die Präsenz der einzelnen Mitglieder besser sein. Es gilt nun während der März/Aprilsession die Termine für das kommende Jahr zu fixieren und sich auch grundsätzlich Gedanken zu machen, wie die Arbeit gestaltet werden soll, damit diese Kommission ein Gremium ist, mit welchem sich in der SVP BVE-Politik machen lässt.

Die aktuellen Themen wurden an der Sitzung vom 12. Januar 2007 formuliert und sind allen bekannt. Roadpricing, öffentlicher und Individualverkehr, erneuerbare Energien, Verkehrsplanung im ganzen Kanton, Raumplanung/strategische Arbeitszonen im Kanton Bern, aber auch Tourismus werden uns in Anspruch nehmen und wir werden Schub geben.

Ein richtig grosses Stück Arbeit hat die Kommission bereits geleistet. So wurde eine Vernehmlassung zum Koordinationsgesetz, Baugesetz, Baubewilligungsdekret (Änderung), Dekret über das Normalbaureglement (Änderung) erarbeitet. Diese Kommissionsarbeit hat gezeigt, wie schwierig es ist, in einer Materie, welche man kennt, die einem aber trotzdem in vielen Bereichen fremd ist, Stellung zu beziehen. Darum müsste man eigentlich weiter gehen und alle Fraktionsmitglieder über diese Vernehmlassung, die Gedanken und Überlegungen orientieren. Vor allem müssen die SVP Grossratskommissionsmitglieder, welche in dieser Grossratskommission Einsitz nehmen, „gebrieft“ werden, damit sie dort die Meinung der BVE Kommission (hat ja die Vorlage eingehend studiert), aber auch die Meinung der gesamten SVP vertreten können. Sonst ist ja die geleistete Arbeit nutzlos. Das gilt auch für die anderen Fachkommissionen. Durch das Studieren der Vernehmlassungsantwort kriegt man den Umfang der Überlegungen nicht voll mit. Wer also in einer Grossratskommission Einsitz nimmt, kriegt eine „Aufdatierung“ durch die entsprechende Fachkommission. Dies würde die kommende Arbeit um einiges erleichtern und ein einheitlicher Auftritt wäre gewährleistet.

Carlo Kilchherr

Erziehung

Präsidentin: Béatrice Struchen, Grossrätin, Epsach

Wir bedauern sehr, dass Werner Lüthi nach der Junisession sein Grossratsmandat niedergelegt hat. Wir werden die Fachkompetenz, die Offenheit und die liebeswürdige Art von Werner Lüthi vermissen. Wir wünschen ihm alles Gute im Ruhestand. Seine Nachfolgerin, Grossrätin Elisabeth Blaser, hat an seiner Stelle in unserer Kommission Einsitz genommen. Wir wünschen ihr viel Freude und Erfolg bei ihrer parlamentarischen Arbeit.

An den Kommissionssitzungen behandelten wir das Sessionsprogramm. Die Hauptthemen waren das Mittelschulgesetz und das Volksschulgesetz. Beim Mittelschulgesetz bildete die Kommissionsmotion das Hauptthema. Es handelte sich hier um den Gymnasialen Unterricht (GU9) im neunten Schuljahr. Soll dieser ausschliesslich an den Gymnasien oder wie bisher weiterhin auch an der Sek. 1 angeboten werden? Das Volksschulgesetz wird im nächsten Jahr definitiv behandelt.

Drei Vorstösse, alle als Postulat angenommen, haben Fragen aufgeworfen: Beispielsweise, ob die Denkmalpflege in den Fachbereich der BVE oder der ERZ gehört. Elternmitarbeit an unseren Schulen, Schulausschluss, Einführung Schulsozialarbeit... sind nur ein paar der Themen, die wir im Jahr 2007 behandelt haben. Die Bildung ist ein Fachgebiet, das immer heftige Diskussionen auslöst. Die SVP Fraktion hat, dank einer guten Disziplin, fast alle Vorstösse und Gesetzesartikel in ihrem Sinn durchgesetzt.

Béatrice Struchen

Finanzen und Verwaltung

Präsident: Rudolf Guggisberg, Grossrat, Kirchlindach

Im Jahre 2007 tagte die SVP-Finanzkommission fünfmal – immer am Dienstagabend zwei Wochen vor der jeweiligen Session. Neben der Behandlung der finanzrelevanten Vorstösse aus den entsprechenden Sessionen konzentrierte sich die Kommission auf folgende Schwerpunkte: Umsetzung Steuergesetzrevision, Einführung einer Schuldenbremse, Voranschlag 2008, Finanzplan 2009-2011 und Umsetzung Aufgabendialog

Umsetzung Steuergesetzrevision 2008 und Schuldenbremse

Mit der Schuldenbremse soll sichergestellt werden, dass neben den Konsumausgaben auch die Investitionen unter Kontrolle gehalten werden. Nettoinvestitionen müssen gemäss der neuen Verfassungsbestimmung zukünftig über eine Periode von 4 Jahren gesehen grundsätzlich zu hundert Prozent selbst finanziert werden. Die Schuldenbremse wird also einer Neuverschuldung einen verfassungsmässigen Riegel schieben.

Im März 2007 beschloss der Grosse Rat eine Steuergesetzrevision, welche Familien und den Mittelstand entlasten sollte: Die Kinderzulagen wurden erhöht, die Einkommenssteuern gesenkt, die Vermögenssteuern reduziert und eine Teilbesteuerung von qualifizierten Beteiligungen eingeführt. Dadurch sollte der Kanton Bern (zurzeit Rang 20!) gegenüber den anderen Kantonen steuermässig wieder konkurrenzfähiger werden. Das von einzelnen linken Grossräten ergriffene Referendum und der dazugehörige Volksvorschlag verfehlte das Hauptziel der Steuergesetzrevision deutlich.

Voranschlag 2008 – Finanzplan 2009 – 2011

Erstmals seit Jahren hat die SVP im Voranschlag 2008 keine Abstriche verlangt und den Voranschlag des Regierungsrats akzeptiert. Sollten die im Voranschlag 2008 festgestellten krassen Aufwandsteigerungen im kommenden Jahr anhalten, müsste die SVP-Finanzkommission im Budget 2009 dringende Anpassungen vornehmen. Wie in privaten Haushalten haben sich die Ausgaben des Kantons nach den Einnahmen zu richten. Es gilt nach wie vor: Jährlich soll ein Schuldenabbau von 100 Mio. Franken erfolgen.

Umsetzung Aufgabendialog

Recht zögerlich ging der Regierungsrat 2007 daran, den Aufgaben-Dialog umzusetzen. Die SVP erwartet hier vom Regierungsrat einen umfassenden Katalog von Aufgaben, auf welche der Kanton zukünftig verzichten will. Trotz Dialog wird der Grosse Rat schliesslich entscheiden müssen, welche Aufgaben zukünftig nicht mehr durch den Kanton wahrgenommen werden. Die SVP erwartet klar eine Senkung und nicht eine Steigerung der Aufgaben.

Rudolf Guggisberg

Gesundheit und Fürsorge

Präsident: Andreas Lanz, Grossrat, Thun

Die aus 16 Personen bestehende GEF-Kommission der SVP tagte bisher jeweils vor den Sessionen, um die Geschäfte des Grossen Rates zu beraten. Dazu wurden eigene Themen aus dem Gesundheitsbereich besprochen wie zum Beispiel die Psychiatrische Langzeit-Pflege, die Spitalplanung, die Kostenentwicklung im Gesundheitswesen, der Missbrauch im Sozialbereich und die Drogenpolitik.

Dank den Sitzungen konnte Spezialwissen für die Politik gewonnen werden, das sonst für Laien undurchsichtig geblieben wäre.

Leider sind die Mitglieder der GEF-Kommission beruflich stark engagiert und damit muss zwangsläufig die Präsenz an den Sitzungen leiden. Wir werden uns über eine Kern-Gruppe, die aus Grossräten bestehen könnte, unterhalten müssen. Sie könnten die politische Vordenkerrolle übernehmen, was während den Sessionen gut möglich wäre. Damit könnte der Rhythmus der GEF-Kommissionssitzungen verlängert werden.

Grundsätzlich wäre es begrüssenswert, wenn von Aussen noch vermehrt GEF-Impulse eingebracht würden.

Andreas Lanz

Justiz, Gemeinden und Kirchen

Präsident: Fritz Reber, Grossrat, Schangnau

Die Hauptaktivität unserer Kommission lag schwergewichtig beim Verfassen von Vernehmlassungen. Unsere kommissionsinternen Juristen leisteten somit Schwerarbeit. Kommissionsempfehlungen und Vorstösse zu erarbeiten erwies sich im vergangenen Jahr als schwierig und aus unserer Sicht nicht genügend.

Erschwerend kommt hinzu, dass unsere Kommissionsmitglieder im Kanton und Regionen in Schlüsselpositionen tätig und dort sehr engagiert sind. Unsere Kommission ist offen und froh, wenn uns Anregungen aus der Wählerschaft erreichen.

Fritz Reber

Polizei und Militär

Präsident: Christian Hadorn, Grossrat, Ochlenberg

Die SVP Kommission hat die Arbeiten vom vergangenen Jahr weitergeführt und auch einen festen Tagungstermin gefunden. Jeweils am ersten Montagmorgen der Session um 08.00 Uhr im Rathaus. So können wir noch auf die kommenden Geschäfte einwirken und die auf die POM bezogenen zukünftigen Geschäfte diskutieren und vorbereiten.

Wir beschäftigten uns vor allem mit folgenden Themen: die laufenden Vorbereitungen der EURO08 (Infotagungen), Neuorganisation der Rettungs- und Feuerwehrdienste und die Jugendgewalt in der Stadt Bern

Die Aussage, dass die Jugendkriminalität zugenommen hat, musste differenziert beantwortet werden. Jugenddienst und Polizei bestätigten jedoch, dass die Gewaltbereitschaft unter den Jugendlichen deutlich zugenommen hat. Statistische Zahlen belegen zudem klar, dass der Anteil an ausländischen Jugendlichen, die straffällig wurden, sehr hoch ist. Dass Repression in der Jugendrechtspflege nichts nützt, konnte durch die Praxis widerlegt werden. Die Rate der Jugendkriminalität konnte mit Repression, hohem Strafmass und klaren Gerichtsurteilen von über 36% auf 18% gesenkt werden.

Deshalb reichten wir im Hinblick auf Police Bern eine Kommissionsmotion mit dem Titel „Sicherheit durch Prävention“ ein. Der Regierungsrat wurde beauftragt, im Rahmen der Umsetzung von Police Bern sicherzustellen, dass bei der Kantonspolizei eine Fachstelle für Jugendprävention installiert wird und der Jugenddienst, welcher ab 1. Januar 2008 lediglich die Region Bern abdeckt, zu einem Dienst ausgebaut wird, der das gesamte Kantonsgebiet abdeckt.

Wir sind überzeugt, dass sich eventuelle Mehrkosten lohnend auf unsere Gesellschaft auswirken. Auf die Antwort der Regierung sind wir sehr gespannt und wir erwarten eine angeregte Diskussion im Rat.

Einführungsgesetz zum Asyl- und Ausländergesetz

Im Dezember 2007 erhielten wir den Vernehmlassungsentwurf des Einführungsgesetzes zum Asyl- und Ausländergesetzes (EG AA). Die Vernehmlassungsantwort unserer Fachkommission liegt mittlerweile vor. Das EG AA wird uns auch im nächsten Jahr noch beschäftigen

Christian Hadorn

Volkswirtschaft

Präsidentin: Elisabeth Schwarz, Grossrätin, Steffisburg

An unseren Sitzungen im 2007 befassten wir uns mit den verschiedensten Themen der Volkswirtschaft.

Traktanden waren unter anderem die Vernehmlassungen zum Gastgewerbe-gesetz (GGG) wo wir einer Verlängerung der Öffnungszeiten zustimmen konnten. Beim neuen Gesetz zum Schutz vor Passivrauchen (SchPG) in Gaststätten und in öffentlich zugänglichen Räumen im Kanton Bern waren wir innerhalb unserer Kommission und der Fraktion geteilter Meinung und die sich nun abzeichnende eidgenössische Lösung scheint uns sinnvoll.

Im Rahmen von KAF 08 (Kantonale Aufgaben Feuerwehr 08) sollten auf den 1.1.2008 14 von 26 Strassenrettungsstützpunkten gestrichen werden. Mittels Motion und Interpellation konnten wir im Interesse der betroffenen Bevölkerung in den Randregionen eine Vernehmlassung und eine vorläufige Sistierung des Projekts erwirken. Der definitive Entscheid des Regierungsrates steht noch aus.

Während der Märzsession lernten wir an einer Mittagssitzung den neuen Generalsekretär der Volkswirtschaftsdirektion Herrn André Nietlisbach näher kennen, der uns wichtige Schwerpunkte der Volkswirtschaft aufzeigte. Wachstumsstrategie, Regionalpolitik, Waldwirtschaft, Grosssägewerk, Alternativenenergie, Wolfskonzept sind nur einige Beispiele.

In der Landwirtschaft wird vermehrt auf Ökologie gesetzt, um beim Bund finanzielle Mittel abzuholen. Das wirkte sich bereits 2007 mit der Umsetzung der LANAT – Strategie in einigen Regionen sehr schmerzlich aus. Trotz unserer Intervention wurden in der Region B (Emmental, Jura, Schwarzenburg) die Hangbeiträge gestrichen, was eine Ungleichheit in den Berggebieten bedeutet und erst im 2008 teilweise wieder korrigiert werden soll.

In der Tourismus- und Wirtschaftsförderung befürworten wir einen gezielten Einsatz der finanziellen Mittel und unterstützen eine aktive und umfassende Wirtschaftspolitik im Interesse eines wirtschaftlich erfolgreichen Kantons Bern, wie sie uns an der letzten Kommissionssitzung durch Adrian Studer, Leiter des Beco, erläutert wurde.

Elisabeth Schwarz

SVP Frauen Kanton Bern

Präsidentin: Susanne Huber, Meiringen

Das Jahr 2007 stand im Zeichen der Nationalratswahlen. Mit 13 motivierten Kandidatinnen sind wir mit einer separaten Frauenliste in den Wahlkampf gestiegen. Dank dem grossen Einsatz von Ursula Haller konnte die Liste Nummer 1 für die Frauenliste vergeben werden, im Wahlprospekt waren die Frauen an prominenter Stelle abgedruckt. Durch einen engagierten Wahlkampf konnte ganz unerwartet ein zweiter Frauensitz gewonnen werden. Ursula Haller wurde mit einem Glanzresultat wiedergewählt und darf nun zusammen mit Andrea Geissbühler, unserer zweiten Berner SVP-Nationalrätin, im Bundeshaus politisieren. Der zweite Sitz konnte dank der guten Ausgangslage, welche wir mit der Frauenliste bekommen konnten, aber vor allem dank dem überaus hohen Engagement der kandidierenden Frauen gewonnen werden.

Regierungsratswahlen

Da Werner Luginbühl im ersten Wahlgang in den Ständerat gewählt wurde, wird eine Ersatzwahl für den Regierungsrat notwendig. Bereits im Vorfeld wurden mit verschiedenen Frauen Gespräche geführt. Ursula Haller und Therese Rufer haben sich früh für eine Kandidatur entschieden. Aufgrund der Kandidatur von Anita Luginbühl wurde Ursula Haller an der Delegiertenversammlung des Landesteilverbandes Oberland nicht nominiert. Sie wäre sicher die Kandidatin gewesen, welche an der Delegiertenversammlung gegenüber den sechs kandidierenden Männern die beste Chance gehabt hätte. Der Antrag der SVP Frauen Kanton Bern auf ein getrenntes Wahlverfahren Frauen/Männer an der Delegiertenversammlung wurde durch den Parteivorstand angenommen. Leider hatte dieser Antrag an der Delegiertenversammlung keine Chance und wurde klar mit einer Zweidrittelmehrheit abgelehnt. Im anschliessenden Wahlverfahren hat Grossrätin Therese Rufer den ausgezeichneten zweitletzten Wahlgang erreicht und ist dann gegen Christoph Neuhaus und Samuel Leuenberger ausgeschieden. Ein Zeichen, dass mit einer Unterstützung aus verschiedenen Landesteilen auch bei einem gemischten Wahlverfahren eine Frauenkandidatur nicht chancenlos ist.

Anlässe

Wahlkampfauftakt der SVP Frauen für die Nationalratswahlen

Am 23. Juni stellten sich die Nationalratskandidatinnen im Schloss Jegenstorf dem interessierten Publikum vor. Unter der Leitung von Nationalrätin Ursula Haller diskutierten die Kandidatinnen über gesellschaftspolitische Themen.

„Zäme geits besser – ou zwüsche Kanton und Gmeind“ so lautete der Titel des Anlasses am 15. August in Burgdorf. Regierungsrat Werner Luginbühl sowie Dr. Daniel Arn, Geschäftsführer Verband Berner Gemeinden, orientierten die Anwesenden über die gegenseitige Beeinflussung von kantonaler und kommunaler Politik.

Fazit

Die vergangenen Nationalratswahlen und die Nomination für die Regierungsratswahlen zeigen es deutlich: wenn wir fähige, engagierte Frauen aufbauen und diese sich zur Wahl stellen, so braucht es auch eine Frauensolidarität, welche hilft, dass diese Frauen auch gewählt werden. Die Schwierigkeit ist jedoch nach wie vor, dass Frauen die Bereitschaft für ein politisches Engagement zeigen. Hier muss aus meiner Sicht zukünftig ein Schwerpunkt gesetzt werden: Aufbau von Frauenkandidaturen für die nächsten Gross- und Regierungsratswahlen und bereits wieder für die Nationalratswahlen 2011.

Susanne Huber

JSVP Kanton Bern

Präsident: Erich J. Hess, Jegenstorf

Die Junge SVP war auch 2007 wiederum sehr aktiv. Wir haben es geschafft, die Arbeit in den einzelnen Regionen massiv zu verstärken. Dies ist enorm wichtig, da es uns nur so gelingt, die Mitglieder besser einbinden und lokal verankern zu können. Wir hatten 2007 erfreulicherweise erneut einen sehr grossen Mitgliederzuwachs und somit bereits eine Anzahl von 750 Aktivmitgliedern erreicht. Gleichzeitig betreuen wir einen Sympathisantenstamm von rund 2'000 Adressen. Diesen Mitgliederzuwachs verdanken wir einzig unserer aktiven und konstanten Mitgliederwerbung im ganzen Kanton.

Viele junge Leute vertreten das Gedankengut der Jungen SVP. Den Beitritt zur Jungen SVP vollziehen sie aber meist erst dann, wenn sie direkt angesprochen werden. Die JSVP-Bar an Bar- und Pubfestivals ist dabei nur ein Werbeort von vielen weiteren. Weitere gute Möglichkeiten ergeben sich an unseren Grillabenden in Thun und Bern oder beim Burezmorge in Bümpliz, welches wir mit der ortsansässigen Mutterpartei organisieren. Leider wird allzu viel Potential für die Mitgliederwerbung im Bekanntschafts-, Verwandtschafts- und Freundeskreis immer noch nicht genutzt.

Die Nationalratswahlen haben bewiesen, dass die Junge SVP auf dem richtigen politischen Weg ist, denn wir konnten den Wähleranteil massiv steigern! Im Jahr 1999 hatten wir noch einen Wähleranteil von 1,6%, 2003 einen Wähleranteil von 1,5% und im 2007 nun einen Wähleranteil von erfreulichen 2,5%. CVP und Schweizer Demokraten haben bei den früheren Wahlen mit kleineren Wähleranteilen je einen Nationalratssitz erreicht. Das heisst nichts anderes, als dass mit ein wenig Proporzglück oder einer besseren Listenverbindung ein Sitz für die Junge SVP im Bereich des Möglichen liegt. Es wäre nun auch an der Zeit, dass die Mutterpartei einmal die Liste der Jungen SVP als Stammliste bezeichnet, nachdem die vielfältigen Förderungen der Frauenliste zu einem zweiten Sitz geführt haben. Die SVP kann letztendlich nur überleben, wenn Nachwuchs bereit steht, der auch eine echte Chance erhält.

Die Junge SVP Kanton Bern hat es zudem erneut geschafft, die grösste und wählerstärkste Jungpartei zu bleiben und den Abstand zu den anderen Jungparteien deutlich auszubauen. Die früher starken Jungfreisinnigen mussten sich mit 0,9 % Wähleranteil begnügen. Die Junge SVP hat mit der Steigerung des Wähleranteils um über 60% ebenfalls mitgeholfen, den 10. Nationalratssitz der SVP zu ermöglichen. Mit unserer politischen Richtung können wir auch weiterhin beim Stimmvolk punkten. Das bedingt jedoch, dass wir auch in Zukunft unseren politischen Kurs klar beibehalten und wo nötig noch pointierter politisieren.

Erich J. Hess

SVP Senioren Kanton Bern

Präsident: Rudolf Graf, Aarwangen

Seit der Gründung vom 24. August 2004 hat sich die Mitgliederzahl von 9 auf 94 Mitglieder und 24 Sympathisanten erhöht. Der zunehmende Anstieg des Durchschnittsalters unserer Bevölkerung und die damit zusammenhängenden Probleme sind wie der Klimawandel zum allgegenwärtigen Thema in Medien und Politik geworden. Unzählige gesellschaftliche, behördliche, wirtschaftliche und wissenschaftliche Träger befassen sich heute mit dem Alter.

Mit unseren beschränkten personellen und finanziellen Mitteln müssen wir uns auf Kernbereiche der Altersprobleme beschränken, in welchen der politische Standort eine Rolle spielt. Wichtigstes Senienthema ist für uns die Sicherung der AHV. Die Initiative des Gewerkschaftsbunds für Rentenalter 62 und der Vorstoss für Frühpensionierungen auf Kosten der AHV sind abzulehnen. Im neu gewählten Bundesparlament muss die AHV-Frage zu einem zentralen eidgenössischen, politischen Thema gemacht werden.

Alle Diskriminierungen von Senioren sind verfassungswidrig und zu bekämpfen. Insbesondere sind die Versuche der kantonalen Polizeidirektoren zur Diskriminierung der Senioren im Strassenverkehr zu bekämpfen. Am 21. März 2007 hat uns unserer Regierungspräsident Werner Luginbühl über Aktuelles orientiert, und am 3. Mai 2007 hat uns unserer Regierungsrat und Finanzdirektor Urs Gasche erläutert, wie die Senioren besteuert werden.

Am 18. September 2007 hatten wir am Senientag der Kantonalpartei teilgenommen. Besonders eingesetzt haben wir uns im Wahlkampf der eidgenössischen Wahlen vom 21. Oktober 2007. Am 13. April 2007 haben wir alle Nationalratskandidaten eingeladen, bei uns als Mitglied oder Sympathisant beizutreten. Insgesamt 15 Kandidaten sind beigetreten und 14 haben an unserer Werbeaktion in allen bernischen Amtsanziegern mitgemacht.

Am 30. August 2007 hatten wir in der Stadt Bern einen öffentlichen Wahlanlass mit unserem Werner Luginbühl und den Ständeratskandidaten der FDP und SP durchgeführt.

Rudolf Graf

Landesteile

Emmental

Die ordentlichen Geschäfte wurden an den 3 Landesteildelegiertenversammlungen abgewickelt. Nebst Parolenfassungen für eidgenössische und kantonale Vorlagen waren Ständerats- und Nationalratswahlen traktandiert.

Der Landesteilanlass in Zollbrück mit Bundesrat Christoph Blocher lockte mehr als 1000 Besucher an.

Das Wahlziel 2 Nationalräte im Landesteil wurde erreicht. Dafür haben wir im Landesteil keinen Ständeratsvertreter mehr. Der Wahlerfolg der SVP im Kanton Bern liegt meines Erachtens in 4 Punkten begründet:

- Gute Arbeit unserer SVP-Vertreter im Bundeshaus in den vergangenen Jahren
- Glaubwürdige Kandidaten/-innen auf den SVP-Listen
- Starke Basis (Ortssektionen)
- Das Parteifest der Schweizerischen SVP am 6. Oktober auf dem Bundesplatz (Klösterlistutz)

Die Abwahl von Bundesrat Christoph Blocher ist und bleibt eine Drecksache. Die Gegner haben keine glaubwürdige Begründung hervorgebracht. Ich danke allen, die sich für die SVP einsetzen, um Gottes Lohn arbeiten, keine Schulden machen, zur SVP stehen und am Neujahr zielgerichtet in die Zukunft blicken.

Hans Wüthrich, Präsident

Jura bernois

Pour l'UDC du Jura bernois, les activités de l'année 2007 ont presque exclusivement été structurées en fonction des élections au Conseil national et au Conseil des Etats du 21 octobre 2007. Après la débâcle aux élections cantonales du 9 avril 2006 et la non-représentation de Walter Schmied au Conseil national, il était en effet vital pour notre parti de réaliser un bon résultat afin de nous relancer en vue des prochaines échéances. Le cumul du candidat unique Jean-Pierre Graber sur la liste « Homme » étant acquis, une stratégie à moyen terme se devait d'être mise en oeuvre. Parallèlement, le comité directeur se devait également de poursuivre son effort de cohésion et de sérénité entrepris dès la fin de l'année 2006.

Dans un premier temps, l'UDC du Jura bernois s'est affirmé comme le seul parti véritablement antiséparatiste, notamment par les actions de ses représentants au Grand conseil et à l'assemblée interjurassienne (AIJ) ainsi que par des initiatives ponctuelles, le tout relayé par la presse régionale. Au cas particulier, il est certain que les efforts entrepris dans ce dossier porteront encore de nombreux fruits à l'avenir. La présidence du Conseil du Jura bernois (CJB) assurée par Jean-Michel Blanchard a aussi permis à l'UDC de bien se profiler.

Le coup d'envoi de la campagne électorale a été donné le 28 juin 2007, lors de l'assemblée générale de l'UDC du Jura bernois, où notre candidat au Conseil des Etats Werner Luginbühl s'est exprimé. Quelque deux semaines plus tard, il avait à nouveau l'occasion de s'exprimer lors de la fête cantonale de lutte à Court. Le 27 août 2007, Monsieur le Conseiller fédéral Christoph Blocher tenait conférence devant plus de 700 personnes à Reconvilier. Le premier lundi du mois de septembre, pour la première fois dans les annales, un membre du Conseil-exécutif, en l'occurrence Werner Luginbühl, était présent lors de la traditionnelle foire de Chaindon à Reconvilier, le plus grand événement annuel du Jura bernois. Ces manifestations ont toutes été abondamment médiatisées, de sorte que notre parti a bénéficié d'une visibilité optimale. Les diverses sections locales se sont également bien impliquées dans la campagne électorale.

Le 21 octobre 2007, l'UDC du Jura bernois pouvait pavoiser : Tous les objectifs étaient largement dépassés. Werner Luginbühl était élu au Conseil des Etats au premier tour, tandis que Jean-Pierre Graber l'était au Conseil national, arrivant en deuxième position sur sa liste avec plus de 100'000 suffrages. Annelise Vaucher réalisait quant à elle un beau résultat sur la liste « Femmes ». Dans le Jura bernois, la part de suffrages exprimés augmentait ainsi de 3,6% par rapport aux élections fédérales 2003 et de 8,6% par rapport aux élections cantonales 2006, passant de 19,2% à 27,6% !

Au cours de l'année 2007, le comité directeur de l'UDC du Jura bernois s'est réuni à six reprises avec une participation réjouissante et dans une ambiance constructive. Aujourd'hui, nous pouvons pratiquement affirmer que ses deux mamelles sont la cohésion et la camaraderie. Dans cet important domaine également, les objectifs peuvent donc être considérés comme atteints, sans pour autant relâcher les efforts.

En résumé, nous pouvons affirmer que les excellents résultats obtenus en 2007 l'ont été principalement par :

- La visibilité du parti UDC au niveau national
- L'appui du parti cantonal au Jura bernois
- Le travail des candidats et des membres dans le terrain
- La cohésion du parti UDC au niveau régional

A l'avenir, il faudra encore renforcer l'action des sections locales, notamment par l'acquisition de nouveaux membres. Les jeunes doivent aussi être mieux intégrés dans nos structures afin que nous soyons en mesure d'assurer les transitions au moment opportun. Il est également essentiel de continuer à travailler en parfaite concertation avec le parti cantonal, compte tenu des importantes échéances politiques qui nous attendent ces toutes prochaines années.

Claude Röthlisberger, président

Bern-Mittelland

Für die junge Organisation SVP Bern Mittelland war es ein sehr bewegtes Jahr. Anfangs 2007 haben wir, aus dem für die Grossratswahlen 2006 zusammengestellten Wahlkreisverband Bern Mittelland, den Verein SVP Bern-Mittelland gegründet, welcher heute alle Sektionen aus den Amtsbezirken Bern, Laupen, Seftigen und Schwarzenburg umfasst. Parallel dazu wurden die vier Amtsverbände aufgelöst und die SVP Bern-Mittelland übernahm die entsprechenden Aufgaben. Die Statuten wurden im Frühjahr durch die kantonale SVP genehmigt und so konnte der von der Delegiertenversammlung gewählte Vorstand die Arbeit aufnehmen.

Es gab doch zu Beginn einige Schwierigkeiten zu überwinden. Zuerst mussten alle Sektionen davon überzeugt werden, dass diese neue Organisation die Richtige ist. Auch das gewählte System bei den Delegiertenrechten; jede Sektion hat 2 Delegierte, welche aber nach Mitgliederzahl gewichtete Stimmrechte erhalten, musste zuerst erklärt und geübt werden. Erschwerend kam hinzu, dass ständig Korrekturen bei den Stimmrechten der Funktionsträger vorgenommen werden mussten. Aber auch dies ist nun bereinigt. Wenn wir auch noch unser Ziel erreichen, alle Sektionen zur Teilnahme an den Delegiertenversammlungen zu bewegen, funktioniert unser Wahlkreis endlich einwandfrei.

Die eidgenössischen Wahlen im Herbst konnten gut vorbereitet werden und auch wir, die in der Agglomeration Bern den Wahlkampf führten, sind mit dem erzielten Ergebnis sehr zufrieden. Den Wahlkampf in den ländlichen Regionen sowie in der Stadt Bern zu führen, war eine grosse Herausforderung, aber dank der Unterstützung durch die kantonale SVP ist dies ganz gut gelungen. Bei den nächsten Grossratswahlen werden wir unsere Organisation erneut prüfen können.

Leider ist die Nomination für die Regierungsratswahlen nicht so geräuschlos verlaufen. Unmittelbar nach den eidg Wahlen haben wir alle unsere Sektionen aufgefordert, mögliche Kandidaten/-innen für die Regierungsrats-Ersatzwahl zu melden. Der einzige Kandidat wurde von der Sektion Stettlen gemeldet. Grossrat Lorenz Hess wurde dann anlässlich der Delegiertenversammlung SVP Bern-Mittelland auch zuhause der DV SVP Kanton Bern einstimmig mit einigen Enthaltungen gewählt. Ein weiterer Kandidat aus dem Raum Mittelland hat sich aber entgegen der Usanz direkt bei der kantonalen SVP als Kandidat gemeldet. Wir werden zu diesem Thema im kommenden Jahr eine entsprechende Anpassung der kantonalen Statuten verlangen.

Bruno Häberli, Präsident

Oberaargau

Das vergangene Jahr 2007 stand ganz im Zeichen der National- und Ständeratswahlen. Die Arbeit im Vorstand des Landesteils Oberaargau war mit Vorbereitungen für die oben erwähnten Wahlen geprägt. Die Suche nach geeigneten Kandidatinnen und Kandidaten begann bereits im Sommer 2006. Die vier Amtsverbände Aarwangen, Burgdorf, Fraubrunnen und Wangen mit sämtlichen SVP Sektionen wurden aufgefordert, Kandidatinnen und Kandidaten zu suchen und dem Wahlleiter zu melden. Als Wahlleiter im LTVO amtierte Hans Ueli Salzmann, Oberburg.

Zwei Frauen und vier Männer stellten sich für eine Kandidatur für den Nationalrat zur Verfügung. Margaretha Leuenberger, Biembach; Käthi Wälchli, Obersteckholz; Andreas Aebi, Alchenstorf; Peter Brand, Münchenbuchsee; Martin Lerch, Langenthal und Werner Salzmann, Mülchi, wurden von den Delegierten des LTVO nominiert und zuhause der kantonalen Delegiertenversammlung vom 5. Dezember 2006 in Lyss gemeldet.

Für alle Beteiligten war der Wahlkampf mit grossem Aufwand verbunden. Die Kandidierenden arbeiteten mit persönlichen Wahlkomitees. Im Vordergrund stand die Arbeit mit eigenen Wahlmitteln, mit den klassischen Flyern, der persönlichen Plakatierung, Inseraten und Leserbriefen. Lokale Anlässe (Chilbi, Märkte und Ausstellungen) wurden zur Werbung genutzt, so konnten Personen, die sich sonst nicht für Politik interessieren, die Kandidierenden kennen lernen.

Für den Strassenwahlkampf waren die Sektionen zuständig. Dem Landesteilverantwortlichen kam in Bezug auf die Aktivitäten eine koordinierende Rolle zu. Der LTVO organisierte mit der SVP Sektion Langenthal am 13. September 2007 eine öffentliche Veranstaltung in Langenthal. Bei diesem Anlass gab uns unser Bundesrat Samuel Schmid die Ehre, mit einem Referat zum sicherheitspolitischen Thema: „Neue Risiken“ eröffnete er die Podiumsdiskussion. Ständeratskandidat Werner Luginbühl und sämtliche anwesende Nationalratskandidatinnen und -kandidaten hatten Gelegenheit, Fragen aus dem Publikum zu beantworten.

Nach einem intensiven Wahlkampf warteten wir am Sonntag, 21. Oktober 2007, gespannt auf das Wahlergebnis. „Oh Freude!“ Die SVP Kanton Bern hatte das Wahlziel mehr als erreicht, Werner Luginbühl wurde im ersten Wahlgang in den Ständerat gewählt und neu erhielten wir 10 Sitze im Nationalrat, zwei Frauen und acht Männer. Mit einem Glanzresultat von 76'554 Stimmen wurde zudem Andreas Aebi neu in den Nationalrat gewählt.

Hans Ueli Salzmann, Wahlleiter

Oberland

„Jeder Staat hat genau das Mass von Anstand, das dem Mass seiner Angst entspricht“

Rolf Hochhuth

Delegiertenversammlung LVO vom 6.6.2007

Am 6. Juni 2007 fand im Restaurant Löwen in Wimmis die ordentliche Delegiertenversammlung des LVO statt. Die ordentlichen Traktanden, wie Begrüssung, Feststellung der Präsenz, Genehmigung des Protokolls, des Jahresberichtes des Präsidenten und die Jahresrechnung wurden ohne Diskussion zur Kenntnis genommen und einstimmig genehmigt. Wahleiter Walter Messerli orientierte über den Stand der Vorbereitungsarbeiten der Ständerats- und Nationalratswahlen sowie über die direkte finanzielle Beteiligung der Amtsverbände durch den LVO.

Ständerats- und Nationalratswahlen vom 21.10.2007

Am 28. November 2006 fand im Hotel Mattenhof in Interlaken eine ausserordentliche Delegiertenversammlung des LVO statt, an welcher in einer spannenden Wahl die Berner Oberländer Nationalratskandidaten/-innen, zu Händen der kantonalen Delegiertenversammlung, gewählt wurden.

Dank grosser Mobilisierung auf allen Stufen (SVP Schweiz, SVP Kanton, SVP Amtsverbände und Sektionen, SVP-Umzug von 6.10.2007, riesigem Engagement der Kandidierenden, etc.) konnte die SVP im Vergleich zum Jahr 2003 nochmals tüchtig zulegen. Regierungsrat Werner Luginbühl schaffte, dank seiner Integrität und dank seines grossen persönlichen Engagements, im ersten Wahlgang den Sprung in den Ständerat. Mit Höchstresultaten schafften aus dem Oberland den Sprung in den Nationalrat Frau Ursula Haller sowie die Herren Adrian Amstutz, Hansruedi Wandfluh und neu Erich von Siebenthal. Grossrat Samuel Graber konnte sich den zweiten Ersatzplatz im Nationalrat sichern.

Regierungsratswahlen vom 24.02.2008

Am 27. November 2007 haben die Delegierten des LVO in einem noch nie dagewesenen Grossaufmarsch in urdemokratischer Weise Anita Luginbühl und Christian Rubin für die kantonale Delegiertenversammlung vom 13. Dezember 2007 nominiert. Leider ist es dem Berner Oberland nicht gelungen, den Sitz von Werner Luginbühl zu verteidigen. Der ländliche Raum, für welchen sich die SVP voll und ganz einsetzt, ist nun halt im Berner Regierungsrat nicht vertreten.

alt Bundeskanzler Willy Brandt sagte: **Die besten Reden sind die, die nicht gehalten werden. Die zweitbesten sind die scharfen und die drittbesten die kurzen.**

Gerhard Fischer, Grossrat, Präsident

Seeland

Das Jahr 2007 war geprägt von den Nationalrats- und Ständeratswahlen. Mit sehr viel Engagement haben Kandidaten/-innen, der Wahlausschuss mit Fritz Marthaler als Wahlleiter und alle SVP Mitglieder vom Landesteil Seeland diese Herausforderung angepackt. Das positive Resultat zu Gunsten unserer Partei ist dank der Wähleranteilersteigerung im Seeland sichtbar. Als Präsidentin vom Landesteil Seeland hätte ich mir gewünscht, dass auch ein Seeländer oder eine Seeländerin in den Nationalrat gewählt wird. Es hätte unser Engagement noch besser zum Ausdruck gebracht. Leider war dies nicht der Fall! Der Vorstand hat in drei Sitzungen die laufenden Geschäfte behandelt.

Ein Thema, das uns auch in Zukunft weiter beschäftigen wird, ist die Wahlkreisreform. Wir haben uns, nach langer Diskussionen, für einen und nicht für zwei Wahlkreise im Seeland entschieden. Wir haben unsere Überlegungen und Entscheidungen für die Vernehmlassung der Kantonalpartei mitgeteilt.

Der Landesteil Seeland portierte den Grossrat Andreas Blank als Kandidat für das Vize-Präsidium der Kantonalpartei. Trotz seiner Fähigkeiten und der guten Präsentation an der kantonalen Delegiertenversammlung, wurde er leider nicht gewählt. Diese Wahl hat einmal mehr gezeigt, dass es die Seeländer in der Berner SVP schwer haben. Der Vorstand, unterstützt von den Grossräten des Seelands, hat beschlossen, die Kandidaturen von Grossrätin Therese Rufer und Christoph Neuhaus für den Regierungsrat zu unterstützen. Schlussendlich wurde Christoph Neuhaus an der kantonalen Delegiertenversammlung als Regierungsratskandidat nominiert, aber auch Therese Rufer erzielte ein sehr gutes Resultat.

Die Bundesratswahlen im Dezember haben auch im Seeland Spuren hinterlassen. Viele neue Mitglieder haben sich im Seeland sowie im ganzen übrigen Kanton, bei der SVP gemeldet. Aber auch Austritte mussten wir einige verbuchen.

Spuren haben die Bundesratswahlen nicht nur bei den Mitgliederzahlen hinterlassen. Immer wieder wird unser Bundesrat Schmid, der mit Anstand und Respekt das bürgerliche Gedankengut vertritt, aus den eigenen Reihen angegriffen. Diese internen Kämpfe schaden mehr als dass sie nützen. Ich wünsche mir, dass die Seeländer SVP Sektionen, ihre Präsidentinnen und Präsidenten und alle Amtsträger/-innen sich zum Wohl unserer Seeländer Bevölkerung einsetzen. Um die Ziele unserer kantonalen Wahlplattform 2007-2011 zu erreichen, werden wir noch sehr viel Energie benötigen. Nur wenn wir diese Ziele umsetzen können, sind wir glaubwürdig, werden wir stark in den Wahlkampf 2010 ziehen.

Béatrice Struchen, Grossrätin, Präsidentin

Gerichte

Obergericht

Personelle Veränderungen haben sich bei den Oberrichterinnen und Oberrichtern im Jahr 2007 keine ergeben. Allerdings wird in den nächsten Jahren dann eine eigentliche Wachablösung stattfinden; bis ins Jahr 2010 erreichen fünf Mitglieder des Obergerichts, mithin ein Viertel des Gesamtbestandes, ihre Alterslimiten.

Die Geschäftslast ist unverändert hoch und kann dank gegenseitiger Aushilfe, dem Beizug von Suppleant/-innen und motivierten Kammerschreiber/-innen bewältigt werden; sie hat sich insbesondere bei den Fällen des fürsorglichen Freiheitsentzuges bei der sehr hohen Zahl von weit über 500 Verfahren stabilisiert; dabei sind Obhutsentzugsfragen (Überprüfung der Fremdplatzierung von Kindern) zahlreicher geworden.

Damit die neuen eidgenössischen Prozessordnungen im Zivil- und im Strafbereich per -voraussichtlich- 1.1.2010 problemlos im Kanton Bern eingeführt werden können, haben verschiedene Arbeitsgruppen unter der Gesamtleitung von Dr. Thomas Maurer (SVP) dem Regierungsrat ein gesamtes Gesetzgebungspaket vorgelegt, welches nächsten Herbst nach Durchführung des Vernehmlassungsverfahrens in die 1. Lesung des Grossen Rates gelangen dürfte.

Beim Projekt "Restruct" mit dem Ziel einer Vereinfachung und Verbesserung der eigenen Organisation des Obergerichts sowie der Zusammenarbeit mit der ersten Instanz sind die Arbeiten programmgemäss vorangekommen und im Januar wird mit den konkreten Umsetzungsarbeiten (Detailfragen, Reglemente etc.) begonnen. Der Koordination mit der Einführung der neuen eidgenössischen Prozessordnungen und der separat laufenden kantonalen Justizreform wird entsprechende Beachtung geschenkt.

Georges Greiner, Oberrichter

Verwaltungsgericht

Da zur Zeit der Drucklegung dieses Berichts erst provisorische Zahlen vorliegen, muss für die definitiven Zahlen auf den offiziellen Geschäftsbericht 2007 verwiesen werden. Nach den heute vorliegenden Informationen ist davon auszugehen, dass die Geschäftslast des Verwaltungsgerichts im Jahr 2007 erneut – und zwar in einzelnen Bereichen dramatisch – angestiegen ist:

An der Verwaltungsrechtlichen Abteilung (VRA) waren 339 Neueingänge zu verzeichnen (gegenüber 290 im Vorjahr), und an der Sozialversicherungsrechtlichen Abteilung (SVA) waren es deren 1'393 (Vorjahr: 1'179), was Zunahmen von 16,9 % (VRA) bzw. sogar von 18,2 % (SVA) ergibt. Auch an der französischsprachigen Abteilung (CAF) ist im Bereich des Sozialversicherungsrechts ein erheblicher Anstieg (+23 %) zu verzeichnen, während die verwaltungsrechtlichen Eingänge stabil geblieben sind.

Die Zunahmen verwaltungsrechtlicher Fälle betreffen vorab das Ausländerrecht (+ 114 %!), das Bau- und Planungsrecht sowie das Steuer- und das Verfahrensrecht; in den übrigen Rechtsgebieten sind die Eingänge unverändert hoch geblieben. Im Sozialversicherungsrecht ist die erhebliche Zunahme in erster Linie auf die neue Verfahrensordnung des Bundes im IV-Bereich zurückzuführen (Ersetzen des Einsprache- durch ein Vorbescheidverfahren; Einführen der Gebührenpflicht), wodurch den Sozialversicherungsgerichten erhebliche Mehrbelastungen entstehen. Das Verwaltungsgericht hat bereits auf diese Entwicklung reagiert und beantragt den politischen Behörden die Schaffung einer zusätzlichen Richterstelle an der SVA. Zu bemerken ist noch, dass nicht nur die Eingänge angestiegen sind, sondern auch die Erledigungen im Berichtsjahr erheblich haben gesteigert werden können (VRA: +22,5 %; SVA: +18 %; CAF: +7,1 %).

Die grosse Anzahl der vom Vorjahr übertragenen Fälle bereitet uns zwar weiterhin Sorge. Die Lage hat sich aber insoweit etwas entspannt, als im Berichtsjahr neue (befristete) Kammerschreiberstellen geschaffen worden sind, die mit ausgezeichneten jungen Juristinnen und Juristen besetzt werden konnten. Wir hoffen, dass dies in absehbarer Zeit zu einer spürbaren Verkürzung der teilweise immer noch überlangen Verfahrensdauern beitragen wird. Immerhin darf gleichzeitig auf die unverändert hohe Qualität unserer Urteile hingewiesen werden; die Quote der vom Bundesgericht aufgehobenen Urteile der VRA ist wohl schweizweit einzigartig tief.

Das Jahr 2007 ist auch im Zeichen des Reorganisationsprojekts «REORG» gestanden. Das Verwaltungsgericht hat sich mit Blick auf die Umsetzung der Justizreform II, die u.a. eine grössere Verselbständigung der Gerichte in organisatorischer Hinsicht, verbesserte Strukturen und stärkere Führungen bringen soll, an mehreren Plenarsitzungen und in enger Abstimmung mit dem analogen Projekt am Obergericht («RESTRUCT») die erforderlichen Beschlüsse getroffen. Im laufenden Jahr wird das Beschlossene im Detail umzusetzen sein und wird die Gerichtsleitung das «Feintuning» vorzunehmen haben, damit die Reorganisation vom 1. Januar 2009 an operativ werden kann für den Fall, dass die ihr zugrunde liegende Gesetzgebung auf diesen Zeitpunkt hin in Kraft tritt.

Thomas Müller, Verwaltungsrichter

Untersuchungsrichterämter (Regionale und Kantonale)

Per 1.1.2007 trat der neue AT StGB in Kraft. Die Umstellung erfolgte problemlos als im Vorfeld angenommen. Auch der durch die Vielfalt an neuen Sanktionen erwartete Mehraufwand fiel bis heute nicht ganz so gross aus, wie ursprünglich angenommen. Eine abschliessende Beurteilung kann jedoch noch nicht vorgenommen werden, da insbesondere nachträgliche Entscheide noch kaum behandelt werden mussten. Die Untersuchungsrichter haben sich mit dem neuen AT StGB abgefunden, obschon die Neuerungen nach wie vor als teilweise nicht sinnvoll, aufwändig und für den Bürger kaum begreifbar beurteilt werden. Insbesondere die Berücksichtigung und Abklärung der finanziellen Verhältnisse ist ineffizient und fragwürdig. Zusätzlich erschwert wird sie durch die Steuerverwaltung des Kantons Bern, welche im Gegensatz zu den anderen Kantonen nicht vorbehaltlos die erforderlichen Daten liefert, obschon in Art. 34 Abs.3 StGB die gesetzliche Grundlage zur Auskunftserteilung besteht. Im Herbst beschloss der Grosse Rat eine Erhöhung der Strafkompentenz der Untersuchungsrichter von zuvor 30 Tagen auf neu 90 Tage. Diese Neuerung wird von den Untersuchungsrichtern begrüsst, obschon sie zu einer weiteren Zusatzbelastung führen wird.

Zu einem Problem hat sich im Berichtsjahr die Überlastung des Fachbereiches Computer- und Wirtschaftskriminalität FCWK der Kantonspolizei Bern entwickelt. Hauptsächlich bedingt durch die Auswertung von Computerdaten im Zusammenhang mit Pädophilievorwürfen, werden grosse Speichermengen zur Sicherung von Computerdaten sowie personelle Ressourcen zur Auswertung derselben benötigt. Dazu kommt, dass anlässlich von Verhaftungen oder Haussuchungen immer häufiger Daten ab elektronischen Speichermedien wie Laptops, Festplatten, Handys oder MP3-Playern gesichert werden müssen. Diese Umstände führten dazu, dass bei Aufträgen der Untersuchungsrichter an die Polizei zur Auswertung von Datenspeicher mit Wartezeiten von mehreren Monaten gerechnet werden musste. Für diese Aufgaben müssen unbedingt neue Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Im Herbst fanden die Gesamterneuerungswahlen der Untersuchungsrichter statt. Sämtliche Untersuchungsrichter, die sich zur Wiederwahl stellten, wurden in ihrem Amt bestätigt. Neu gewählt wurden Cindy Maeder-Kämpf (Grüne Partei) und Christian Josi (SVP). Patrick Robert-Nicoud verlässt das Untersuchungsrichteramt in Biel. Er tritt neu eine Stelle als Richter am Bundesstrafgericht in Bellinzona an (SVP-Sitz). Hans-Peter Zürcher verlässt das Untersuchungsrichteramt in Thun und wird zukünftig im Generalsekretariat der Erziehungsdirektion des Kantons Bern tätig sein. Die Anzahl der eingegangenen Strafanzeigen blieb im Vergleich zum Vorjahr konstant.

Urs Fuhrer, Untersuchungsrichter

IV. Personelle Zusammensetzung

Parteiorgane

Geschäftsleitung

Präsident:	Rudolf Joder, Nationalrat, Belp
Vizepräsidenten:	Annelise Vaucher, Grossrätin, Cormoret Hans Michel, Grossrat, Brienz (bis 30.6.) Fritz Reber, Grossrat, Schangnau (ab 13.12.)
Geschäftsführerin:	Aliki M. Panayides, Ostermundigen
Finanzverantwortlicher:	Jean-Michel With, Belp
Präsident der Grossratsfraktion:	Heinz Siegenthaler, Rüti b. Büren
Ein weiteres Mitglied:	Dieter Widmer, Grossrat, Wanzwil

Parteivorstand

Präsident

Rudolf Joder, Nationalrat, Belp

Vizepräsidenten

Annelise Vaucher, Cormoret
Hans Michel, Grossrat, Brienz (bis 30.6.)
Fritz Reber, Grossrat, Schangnau (ab 13.12.)

Geschäftsführerin

Aliki M. Panayides

Finanzverantwortlicher

Jean-Michel With, Belp

Fraktionspräsident

Heinz Siegenthaler, Rüti bei Büren

Regierungsmitglieder

Urs Gasche, Fraubrunnen
Werner Luginbühl, Krattigen

Eidgenössische Parlamentarier

Andreas Aebi, Alchenstorf (ab 22.10.)

Adrian Amstutz, Sigriswil

Andrea Geissbühler, Herrenschwanden (ab 22.10.)

Jean-Pierre Graber, La Neuveville (ab 22.10.)

Hans Grunder, Rüegsauschachen (ab 22.10.)

Ursula Haller, Thun

Rudolf Joder, Belp

Dr. Hans Lauri, Münsingen (bis 21.10.)

Werner Luginbühl, Krattigen (ab 22.10.)

Fritz Oehrli, Teuffenthal (bis 21.10.)

Simon Schenk, Trubschachen

Walter Schmied, Moutier (bis 21.10.)

Erich von Siebenthal, Gstaad (ab 22.10.)

Hansruedi Wandfluh, Frutigen

Hermann Weyeneth, Jegenstorf (bis 21.10.)

Vertreter Fachkommissionen

Carlo Kilchherr, Thun (Bau, Verkehr und Energie)

Béatrice Struchen, Epsach, (Erziehung)

Rudolf Guggisberg, Kirchlindach (Finanzen/Verwaltung)

Dieter Widmer, Wanzwil (Gesundheit und Fürsorge)

Fritz Reber, Schangnau (Justiz, Gemeinden, Kirchen)

Christian Hadorn, Ochlenberg (Polizei und Militär)

Elisabeth Schwarz, Steffisburg (Volkswirtschaft)

Vertreterin der SVP Frauen Kanton Bern

Susanne Huber, Meiringen

Vertreter der Jungen SVP

Erich J. Hess, Bern

Max. fünf weitere Mitglieder

Martin Baltisser, Bremgarten

Manfred Bühler, Cortébert

Renato Krähenbühl, Rubigen

Therese Rufer, Zuzwil

Grossratsfraktion

Die Grossratsfraktion setzte sich ab 2007 wie folgt zusammen:

Werner Aebischer, Guggisberg
Therese Bernhard, Worb
Rudolf Bieri, Oberbipp
Andreas Blank, Aarberg
Blaser Elisabeth, Oberthal (ab 1.7.)
Peter Brand, Münchenbuchsee
Christian Brönnimann, Zimmerwald
Jakob Etter, Treiten
Gerhard Fischer, Meiringen
Fritz Freiburghaus, Rosshäusern
Thomas Fuchs, Bern
Alfred Gerber, Gohl
Samuel Graber, Horrenbach
Hans Ulrich Gränicher, Bern
Hans Grunder, Hasle-Rüegsau
Rudolf Guggisberg, Kirchlindach
Christian Hadorn, Ochlenberg
Dr. Franz Haldimann, Burgdorf
Lorenz Hess, Stettlen
Jürg Iseli, Zwieselberg
Carlo Kilchherr, Thun
Bethli Küng, Saanen
Hans Küng, Diemtigen
Andreas Lanz, Thun

Samuel Leuenberger, Trubschachen
Werner Lüthi, Münsingen (bis 30.6.)
Paul Messerli, Kirchdorf
Walter Messerli, Matten
Hans Michel, Brienz
Walter Neuenschwander, Rubigen
Dr. Daniel Pauli, Schliern
Fritz Reber, Schangnau
Hans Röstli, Kandersteg
Fritz Ruchti, Seewil
Therese Rufer, Zuzwil
Hans Schmid, Achseten
Fred-Henri Schnegg, Sonceboz
Beat Schori, Bern
Elisabeth Schwarz, Steffisburg
Heinz Siegenthaler, Rüti b. Büren
Beatrice Simon, Seedorf
Ueli Spring, Lyss
Béatrice Struchen, Epsach
Peter Studer, Höchstetten
Annelise Vaucher, Cormoret
Erich von Siebenthal, Gstaad
Käthi Wälchli, Obersteckholz
Dieter Widmer, Wanzwil

SD-Mitglied

Peter Schori, Spiegel

Vertretung in der SVP Schweiz

Mitglieder des Zentralvorstandes

Adrian Amstutz, Nationalrat, Sigriswil

Jolanda Brunner, Spiez

Rita Gygax, Präsidentin SVP Frauen Schweiz, Hinterkappelen

Erich J. Hess, JSVP Schweiz, Jegenstorf

Susanne Huber, Meiringen

Rudolf Joder, Nationalrat, Belp

Aliki M. Panayides, Geschäftsführerin, Ostermundigen

Franziska Schlupe, Huttwil

Samuel Schmid, Bundesrat, Rütli b. Büren

Annelise Vaucher, Grossrätin, Cormoret

Mitglieder des leitenden Ausschusses

Adrian Amstutz, Nationalrat, Sigriswil

Rita Gygax, Präsidentin SVP Frauen Schweiz, Hinterkappelen

Rudolf Joder, Nationalrat, Belp

Mitglied der Geschäftsleitung

Adrian Amstutz, Nationalrat, Sigriswil

Regierungsmitglieder

Urs Gasche, Finanzdirektor, Fraubrunnen

Werner Luginbühl, Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektor, Krattigen

Parteisekretariat

Aliki M. Panayides, Geschäftsführerin, Ostermundigen

Reto Niederhauser, wiss. Mitarbeiter, Fraktionssekretär,

stv. Geschäftsführer, Bern

Barbara Ambühl, Mitarbeiterin, Ostermundigen

Katharina Rüegger, Teilzeitmitarbeiterin 40%, Hubersdorf

Marina Wälti, Praktikantin, Hermrigen (1.7.-30.9.)

Stiftungsrat „Hilfsfonds SVP Kanton Bern“

Vreni Jenni, Präsidentin, Kappelen
Werner Aebischer, Vizepräsident, Guggisberg
Hans Ueli Salzmann, Sekretär, Oberburg
Christian Rubin, Kassier, Aeschi b. Spiez
Hans Fahrni, Beisitzer, Oberthal
Pierre Berger, Beisitzer, Mont-Crosin

Vorstand des „Bären-Club“ der SVP Kanton Bern

Ursula Haller, Nationalrätin, Präsidentin, Thun
Elisabeth Zölch, Vizepräsidentin, Bern
Aliko M. Panayides, Sekretärin, Ostermundigen
Fritz Ritter, Kassier, Hasle-Rüegsau
Jean-Michel With, Beisitzer, Belp
Fritz Marthaler, Beisitzer, Biel
Dieter Widmer, Grossrat, Beisitzer, Wanzwil

Wir gratulieren zur Wahl als

Nationalrat/Nationalrätin

Andreas Aebi, Alchenstorf
Andrea Geissbühler, Herrenschwanden
Jean-Pierre Graber, La Neuveville
Hans Grunder, Rüegsauschachen
Erich von Siebenthal, Gstaad

Ständerat

Werner Luginbühl, Krattigen

Grossrätin/Grossrat

Elisabeth Blaser, Oberthal

Vizepräsident SVP Kanton Bern

Fritz Reber, Schangnau

Wir danken ganz herzlich für das Geleistete

Nationalrat

Walter Schmied, Moutier
Hermann Weyeneth, Jegenstorf
Fritz Abraham Oehrli, Reust

Ständerat

Dr. Hans Lauri, Münsingen

Grossrat und Grossratspräsident

Werner Lüthi, Münsingen

Vizepräsident SVP Kanton Bern

Hans Michel, Brienz

Unsere Verstorbenen

Im Berichtsjahr hatte die Partei wieder den Verlust eines verdienten und langjährigen Exponenten zu beklagen:

Res Schmid, a. Grossrat, Wimmis, verstarb überraschend in seinem 76. Lebensjahr. Andreas Schmid gehörte dem Grossen Rat von 1978 bis 1990 an. Unter anderem war er vor allem auf Gemeindeebene engagiert und als Grossrat machte er sich als Mitglied in verschiedenen Kommissionen stark.

Schlusswort

Ein Wahljahr ist immer ein besonderes Jahr, aber das Jahr 2007 schlug alle Erwartungen, leider nicht immer nur in positiver Hinsicht.

Die Ausgangslage für die National- und Ständeratswahlen war nicht einfach. Die SVP Kanton Bern hatte nach den Gross- und Regierungsratswahlen mit dem Image zu kämpfen. Zudem versuchte sich die FDP im Alleingang und weigerte sich, mit der SVP zusammen in den Ständeratswahlkampf zu steigen. Die Motivation der SVP-Sektionen und der 64 Kandidierenden war dafür umso grösser.

Mit Werner Luginbühl schickte die SVP einen weit über die eigene Partei hinaus überzeugenden Ständeratskandidaten ins Rennen. 18 Kandidatinnen und 46 Kandidaten stellten sich für die Nationalratswahllisten zur Verfügung. Wir konnten also sowohl auf der Frauen- wie auch auf der Männerliste und auf der gemischten Liste der Jungen SVP auf motivierte und kompetente Kräfte zählen.

Im Oktober durften wir einen grossen Sieg feiern mit 2 zusätzlichen Nationalratsmandaten und einem Ständeratssitz, den wir aus eigener Kraft erringen konnten. Der Wahlsieg ist einer ganzen Reihe von Faktoren zu verdanken: Von entscheidender Bedeutung war der geschlossene Einsatz der ganzen Partei für das gemeinsame Ziel. Alle Sektionen zogen am gleichen Strick und plakatierten und warben mit allen verfügbaren Kräften. Die Fotos von Werner Luginbühl waren auf Schritt und Tritt im Kanton zu sehen.

Erstmals machte auch die SVP Schweiz eine nationale Kampagne. Die so genannten Schäfchen-Plakate erzielten einen gewissen Mobilisierungseffekt. Die Plakate der SVP Kanton Bern nahmen die Schweizerische Kampagne thematisch auf und setzten das Thema Sicherheit auf der kantonalen Ebene als Text-Plakat mit dem Berner Bär um. Die ganze Kampagnentätigkeit wurde aber von den Ereignissen vom 6. Oktober 2007 in den Schatten gestellt. Die gewalttätigen Übergriffe auf die Verpflegungsstände auf dem Bundesplatz, wo die SVP ein Fest für die Schweiz feiern sollte, entsetzten nicht nur die Bevölkerung, sondern sogar die Journalisten. Die Schreckensbilder lösten eine eigentliche Solidaritätswelle für die SVP aus und machten den 2. Sitzgewinn erst möglich.

Nach dem fulminanten Wahlsieg am 21. Oktober 2007 erschien die Bundesratswahl vom 12. Dezember nur noch eine Formsache. Wer würde es wagen, die amtierenden Bundesräte der stärksten Partei der Schweiz abzuwählen.

Doch es kam anders. Man hätte eigentlich hellhörig werden müssen, als sich zu Beginn der Wintersession die CVP mit der EVP und den Grünliberalen zu einer Fraktion zusammenschloss, um mehr Kommissionssitze zu ergattern. Offensichtlich bildeten sich da neue Koalitionen über die historisch gewachsenen Grenzen hinweg. Und so kam es, dass schliesslich Eveline Widmer-Schlumpf anstelle von Christoph Blocher in den Bundesrat gewählt wurde.

Das Jahr endete somit für die ganze SVP mit einem unerwünschten Knalleffekt und allerlei Schuldzuweisungen. Die Herausforderung gilt es nun anzunehmen. Die SVP Schweiz und die SVP Kanton Bern haben schon andere Stürme überstanden und sind darob immer stärker geworden. Ich bin zuversichtlich, dass dies auch jetzt der Fall sein wird und wir getrost die Wahlvorbereitungen für die Gross- und Regierungsratswahlen von 2010 an die Hand nehmen können.

Aliki M. Panayides, Geschäftsführerin

V. Die Partei in Zahlen

Mitgliederzahlen

Sektion	Bestand 31.12.2006	Bestand 31.12.2007	Veränderung	+/- in %
Aarberg	132	131	-1	-0.76%
Grossaffoltern	104	100	-4	-3.85%
Kallnach	78	78	0	0.00%
Kappelen	80	79	-1	-1.25%
Lyss	124	113	-11	-8.87%
Meikirch	121	110	-11	-9.09%
Radelfingen	52	56	4	7.69%
Rapperswil	116	109	-7	-6.03%
Seedorf	238	208	-30	-12.61%
Schüpfen	210	198	-12	-5.71%
Einzelmitglieder	2	2	0	0.00%
Aarberg	1'257	1'184	-73	-5.81%
Aarwangen	157	138	-19	-12.10%
Auswil	11	11	0	0.00%
Bleienbach	51	67	16	31.37%
Busswil	30	29	-1	-3.33%
Gondiswil	56	58	2	3.57%
Kleindietwil	32	31	-1	-3.13%
Langenthal	203	200	-3	-1.48%
Leimiswil	23	22	-1	-4.35%
Lotzwil	59	52	-7	-11.86%
Madiswil	109	104	-5	-4.59%
Melchnau	102	102	0	0.00%
Ober/Untersteckholz	38	37	-1	-2.63%
Roggwil	112	119	7	6.25%
Rohrbach	64	64	0	0.00%
Rüschelen	41	30	-11	-26.83%
Schwarzhäusern	21	20	-1	-4.76%
Thunstetten	94	95	1	1.06%
Ursenbach	72	69	-3	-4.17%
Wynau	16	15	-1	-6.25%
Aarwangen	1'291	1'263	-28	-2.17%

Sektion	Bestand	Bestand	Veränderung	+/- in %
	31.12.2006	31.12.2007		
Albligen	22	22	0	0.00%
Belp	192	197	5	2.60%
Belpberg	69	69	0	0.00%
Bern Total	334	366	32	9.58%
Bolligen	144	143	-1	-0.69%
Bremgarten	42	44	2	4.76%
Burgistein	47	45	-2	-4.26%
Ferenbalm	97	98	1	1.03%
Frauenkappelen	38	38	0	0.00%
Gelterfingen	14	14	0	0.00%
Gerzensee	70	65	-5	-7.14%
Golaten	12	12	0	0.00%
Guggisberg	55	49	-6	-10.91%
Gurbrü	25	25	0	0.00%
Gurzelen	38	33	-5	-13.16%
Ittigen	58	57	-1	-1.72%
Kaufdorf	29	25	-4	-13.79%
Kehrsatz	31	30	-1	-3.23%
Kirchdorf	132	127	-5	-3.79%
Kirchlindach	131	128	-3	-2.29%
Köniz Total	365	360	-5	-1.37%
Kriechenwil	30	30	0	0.00%
Laupen	63	63	0	0.00%
Mühleberg	144	137	-7	-4.86%
Münchenwiler	18	18	0	0.00%
Muri-Gümligen	107	125	18	16.82%
Neuenegg	227	235	8	3.52%
Oberbalm	48	48	0	0.00%
Ostermundigen	64	66	2	3.13%
Riggisberg	99	105	6	6.06%
Rüeggisberg	118	111	-7	-5.93%
Rümligen	33	0	-33	-100.00%
Rüscheegg	47	53	6	12.77%
Seftigen	42	41	-1	-2.38%
Stettlen	73	72	-1	-1.37%
Thurnen/Lohnstorf	49	49	0	0.00%
Toffen	60	62	2	3.33%
Uttigen/Kienersrüti	53	51	-2	-3.77%

Sektion	Bestand 31.12.2006	Bestand 31.12.2007	Veränderung	+/- in %
Vechigen	219	213	-6	-2.74%
Wahlern	182	180	-2	-1.10%
Wattenwil	82	79	-3	-3.66%
Wohlen	140	138	-2	-1.43%
Zimmerwald	116	101	-15	-12.93%
Zollikofen	122	114	-8	-6.56%
Einzelmitglieder	2	2	0	0.00%
WK Bern-Mittelland	4'083	4'040	-43	-1.05%
Biel	67	77	10	14.93%
Biel	67	77	10	14.93%
Arch	37	36	-1	-2.70%
Bütigen	49	46	-3	-6.12%
Büren a. Aare	139	137	-2	-1.44%
Busswil	45	42	-3	-6.67%
Diessbach	0	0	0	0.00%
Dotzigen	46	45	-1	-2.17%
Lengnau	34	34	0	0.00%
Leuzigen	72	68	-4	-5.56%
Meinisberg	36	33	-3	-8.33%
Oberwil	62	62	0	0.00%
Pieterlen	61	58	-3	-4.92%
Rüti	57	49	-8	-14.04%
Wengi	43	41	-2	-4.65%
Büren	681	651	-30	-4.41%
Aefligen	32	34	2	6.25%
Alchenstorf	66	66	0	0.00%
Bäriswil	29	29	0	0.00%
Burgdorf	148	147	-1	-0.68%
Ersigen	142	144	2	1.41%
Heimiswil	124	119	-5	-4.03%
Hasle	152	150	-2	-1.32%
Hindelbank	76	76	0	0.00%
Höchstetten-Hellsau	45	41	-4	-8.89%
Kirchberg	137	132	-5	-3.65%
Koppigen-Willadingen	113	111	-2	-1.77%
Krauchthal	136	135	-1	-0.74%

Sektion	Bestand 31.12.2006	Bestand 31.12.2007	Veränderung	+/- in %
Lyssach	89	87	-2	-2.25%
Mötschwil	35	31	-4	-11.43%
Niederösch/Oberösch	32	32	0	0.00%
Oberburg	174	177	3	1.72%
Rüdtligen-Alchenflüh	53	55	2	3.77%
Wynigen	170	168	-2	-1.18%
Burgdorf	1'753	1'734	-19	-1.08%
Corgémont	15	17	2	13.33%
Cortébert	12	12	0	0.00%
Courtelay	5	5	0	0.00%
La Chaux-d'Abel	7	6	-1	-14.29%
La Ferrière	10	9	-1	-10.00%
Mont-Tramelan	7	3	-4	-57.14%
Orvin	6	7	1	16.67%
Péry	8	7	-1	-12.50%
Renan	17	17	0	0.00%
Romont	6	5	-1	-16.67%
St. Imier	34	33	-1	-2.94%
Sonceboz	10	10	0	0.00%
Sonvilier	14	14	0	0.00%
Tramelan	27	18	-9	-33.33%
Vaufelin	3	3	0	0.00%
Courtelay	181	166	-15	-8.29%
Brüttelen	17	17	0	0.00%
Erlach	75	75	0	0.00%
Finsterhennen	19	19	0	0.00%
Gals	38	38	0	0.00%
Gampelen	21	21	0	0.00%
Ins	200	200	0	0.00%
Lüscherz	7	7	0	0.00%
Müntschemier	104	104	0	0.00%
Siselen	22	22	0	0.00%
Treiten	55	55	0	0.00%
Tschugg	14	14	0	0.00%
Einzelmitglieder	2	2	0	0.00%
Erlach	574	574	0	0.00%

Sektion	Bestand 31.12.2006	Bestand 31.12.2007	Veränderung	+/- in %
Bätterkinder	127	123	-4	-3.15%
Bangerten	28	21	-7	-25.00%
Büren zum Hof	60	51	-9	-15.00%
Diemerswil	24	24	0	0.00%
Etzelkofen	15	16	1	6.67%
Fraubrunnen	90	89	-1	-1.11%
Grafenried	35	35	0	0.00%
Jegenstorf-Münchringen	144	143	-1	-0.69%
Iffwil	26	25	-1	-3.85%
Limpach	41	0	-41	-100.00%
Mattstetten	29	28	-1	-3.45%
Moosseedorf	91	94	3	3.30%
Mülchi	18	16	-2	-11.11%
Münchenbuchsee	204	213	9	4.41%
Ruppoldsried	9	9	0	0.00%
Urtenen-Schönbühl	77	75	-2	-2.60%
Utzenstorf	172	154	-18	-10.47%
Wiler b. Utzenstorf	34	34	0	0.00%
Zauggenried	26	0	-26	-100.00%
Zielebach	24	23	-1	-4.17%
Zuzwil	64	48	-16	-25.00%
Fraubrunnen	1'338	1'221	-117	-8.74%
Adelboden	62	62	0	0.00%
Aeschi	98	98	0	0.00%
Frutigen	160	176	16	10.00%
Kandersteg	38	38	0	0.00%
Reichenbach	117	116	-1	-0.85%
Frutigen	475	490	15	3.16%
Beatenberg	53	54	1	1.89%
Bönigen	23	29	6	26.09%
Brienz	73	65	-8	-10.96%
Gadmen	8	8	0	0.00%
Grindelwald	153	151	-2	-1.31%
Habkern	39	39	0	0.00%
Hasliberg	39	39	0	0.00%
Innertkirchen	34	34	0	0.00%

Sektion	Bestand 31.12.2006	Bestand 31.12.2007	Veränderung	+/- in %
Interlaken	82	86	4	4.88%
Lauterbrunnen	31	31	0	0.00%
Matten	54	56	2	3.70%
Meiringen	113	111	-2	-1.77%
Ringgenberg	57	52	-5	-8.77%
Unterseen	68	65	-3	-4.41%
Wilderswil	50	50	0	0.00%
Einzelmitglieder	9	8	-1	-11.11%
Interlaken-Oberhasli	886	878	-8	-0.90%
Allmendingen	34	34	0	0.00%
Arni	52	50	-2	-3.85%
Biglen	99	98	-1	-1.01%
Bowil	81	77	-4	-4.94%
Grosshöchstetten	77	71	-6	-7.79%
Kiesen-Oppligen	65	60	-5	-7.69%
Konolfingen	255	248	-7	-2.75%
Landiswil	51	49	-2	-3.92%
Linden	75	75	0	0.00%
Mirchel	54	51	-3	-5.56%
Münsingen	110	107	-3	-2.73%
Oberdiessbach	107	105	-2	-1.87%
Oberthal	39	39	0	0.00%
Rubigen	68	68	0	0.00%
Schlosswil	56	52	-4	-7.14%
Tägertschi	20	20	0	0.00%
Trimstein	38	37	-1	-2.63%
Walkringen	57	57	0	0.00%
Wichtrach	130	129	-1	-0.77%
Worb	218	220	2	0.92%
Zäziwil	80	89	9	11.25%
Einzelmitglieder	0	1	1	100.00%
Konolfingen	1'766	1'737	-29	-1.64%

Sektion	Bestand 31.12.2006	Bestand 31.12.2007	Veränderung	+/- in %
Court	14	15	1	7.14%
Malleray	13	10	-3	-23.08%
Moutier	35	39	4	11.43%
Reconvilier	7	7	0	0.00%
Tavannes	18	19	1	5.56%
Diverse	25	22	-3	-12.00%
Moutier	112	112	0	0.00%
Diesse	3	2	-1	-33.33%
La Neuveville	24	18	-6	-25.00%
Lignièrès	1	0	-1	-100.00%
Nods	6	6	0	0.00%
Prêles	1	2	1	100.00%
La Neuveville	35	28	-7	-20.00%
Bühl	22	29	7	31.82%
Epsach	36	36	0	0.00%
Ipsach	36	36	0	0.00%
Jens	40	40	0	0.00%
Ligerz	44	42	-2	-4.55%
Mörigen	37	27	-10	-27.03%
Nidau	9	14	5	55.56%
Orpund	44	42	-2	-4.55%
Port	33	34	1	3.03%
Safnern	94	94	0	0.00%
Schwadernau	16	16	0	0.00%
Studen	45	43	-2	-4.44%
Täuffelen	88	85	-3	-3.41%
Twann	54	60	6	11.11%
Walperswil	58	44	-14	-24.14%
Worben	65	63	-2	-3.08%
Einzelmitglieder	65	30	-35	-53.85%
Nidau	786	735	-51	-6.49%

Sektion	Bestand 31.12.2006	Bestand 31.12.2007	Veränderung	+/- in %
Därstetten	45	47	2	4.44%
Diemtigen	90	90	0	0.00%
Erlenbach	30	29	-1	-3.33%
Oberwil	45	43	-2	-4.44%
Reutigen	79	79	0	0.00%
Spiez Total	164	164	0	0.00%
Wimmis	136	137	1	0.74%
Niedersimmental	589	589	0	0.00%
Boltigen	48	44	-4	-8.33%
Gsteig	25	25	0	0.00%
Lenk	68	73	5	7.35%
Saanen	181	173	-8	-4.42%
St. Stephan	37	26	-11	-29.73%
Zweisimmen	91	83	-8	-8.79%
Obersimmental-Saanen	450	424	-26	-5.78%
Eggiwil	154	157	3	1.95%
Langnau	183	176	-7	-3.83%
Lauperswil	99	95	-4	-4.04%
Röthenbach	75	74	-1	-1.33%
Rüderswil	88	84	-4	-4.55%
Schangnau	98	99	1	1.02%
Signau	93	99	6	6.45%
Trub/Trubschachen	151	134	-17	-11.26%
Signau	941	918	-23	-2.44%
Amsoldingen	51	53	2	3.92%
Blumenstein	35	35	0	0.00%
Buchholterberg	83	71	-12	-14.46%
Forst-Längenbühl	29	33	4	13.79%
Heiligenschwendi	17	18	1	5.88%
Heimberg	65	65	0	0.00%
Hilterfingen	41	41	0	0.00%
Höfen	33	32	-1	-3.03%
Linkes Zulgufer	76	70	-6	-7.89%
Oberhofen	75	71	-4	-5.33%
Schwarzenegg-Fahrni	154	155	1	0.65%
Sigriswil	127	131	4	3.15%

Sektion	Bestand 31.12.2006	Bestand 31.12.2007	Veränderung	+/- in %
Steffisburg	149	146	-3	-2.01%
Thierachern	48	48	0	0.00%
Thun	218	199	-19	-8.72%
Uebeschi	33	33	0	0.00%
Uetendorf	166	169	3	1.81%
Zwieselberg	19	19	0	0.00%
Thun	1'419	1'389	-30	-2.11%
Affoltern	98	93	-5	-5.10%
Dürrenroth	71	71	0	0.00%
Eriswil	100	97	-3	-3.00%
Huttwil	181	186	5	2.76%
Lützelflüh	135	133	-2	-1.48%
Rüegsau	167	168	1	0.60%
Sumiswald	216	202	-14	-6.48%
Trachselwald	42	36	-6	-14.29%
Walterswil	49	49	0	0.00%
Wyssachen	58	58	0	0.00%
Trachselwald	1'117	1'093	-24	-2.15%
Attiswil	41	40	-1	-2.44%
Graben/Berken	26	26	0	0.00%
Herzogenbuchsee	162	142	-20	-12.35%
Inkwil/Röthenbach/Wanzwil	32	30	-2	-6.25%
Niederbipp	114	114	0	0.00%
Oberbipp	81	77	-4	-4.94%
Ochlenberg	61	59	-2	-3.28%
Seeberg-Hermiswil	109	106	-3	-2.75%
Thörigen	90	93	3	3.33%
Wangen	103	96	-7	-6.80%
Wiedlisbach	44	44	0	0.00%
Einzelmitglieder	5	5	0	0.00%
Wangen	868	832	-36	-4.15%
Total Kanton	20'669	20'135	-534	-2.58%